

CENTRAL INTELLIGENCE AGENCY

**INFORMATION REPORT**

COUNTRY Germany

DATE DISTR. 21 June 1949

SUBJECT German Press and Radio Reports

NO. OF PAGES

PLACE ACQUIRED [REDACTED]

NO. OF ENCLS.  
(LISTED BELOW)

DATE OF INFORMATION ACQUIRED [REDACTED]

25X1A

SUPPLEMENT TO  
REPORT NO.

25X1X

[Signature]

\*Documentary

THIS IS UNEVALUATED INFORMATION FOR THE RESEARCH  
USE OF TRAINED INTELLIGENCE ANALYSTS

SOURCE

The attached German press and radio reports are being sent to you for retention in the belief that they may be of interest.

RETURN TO CIA LIBRARY EVALUATE

25X1A

CLASSIFICATION

SECRET

~~SECRET~~

25X1A

Approved For Release 2002/01/04 : CIA-RDP83-00415R003100100005-0



# **SED-Pressedienst (PD)**

REDAKTION: BERLIN C2 · WALLSTR. 76-79

TELEFON: 672150 · 672450 · 672454

## Inhaltsverzeichnis

vom 23. April 1949

Bildung einer aus enpolitischen Kommission beim Parteivorstand der SED

### Nachrichten

Friedensfreunde schreiben an den Papst  
 Hauptstadt Deutschlands - Bollwerk des Friedens  
 Friedenerufe über Zonenschranken hinweg  
 Universität Halle an die Bonner Universität  
 Bergarbeiter verteidigen sich  
 Friedenskundgebun... in Dresden, Stralsund und Potsdam  
 Betriebsarbeiter und Jugendliche stehen im Friedenkampf  
 KAS-Belegschaften danken der Sowjetunion  
 Streikabstimmung im Betrieb der britischen Besatzungsmacht  
 ... bis Bonn der Einheitswillen Rechnung trägt

### Pressestimmen

Ausgebissene Löwensöhne

### Kommentare

Der Weg zum Frieden!  
 Die Eisenbahner lassen sich nicht missbrauchen  
 Am 1. Mai - für Frieden und ein besseres Leben  
 Eine Entschließung des Wirtschaftsausschusses des  
 Deutschen Volkes  
 Landraub doch perfekt

### Artikelienst

Drei Jahre Arbeit und Kampf (Hermann Matern)

### Stimmen des Auslandes

EP Belgens über Atlantik-Pakt  
 Interview mit Paul Robeson  
 Sozialistische Staatskontrolle in der Sowjetunion

### Zur Information

Der Kommunistismus in Japan

### Biographien

Vor wahren Frieden (Karl Stützer)  
 Iarla ruft zum Frieden - damals wie heute

Approved For Release 2002/01/04 : CIA-RDP83-00415R003100100005-0



# **SED-Pressedienst (PD)**

REDAKTION: BERLIN C2 · WALLSTR. 76-79

FERNRUF: 672150 · 672450 · 672636

## Inhaltsverzeichnis

### > Jahre SED

Otto Grotewohl auf der Kundgebung des SGU-Landesverbandes Berlin  
**Das antifaschistisch-demokratische Deutschland in der Friedensfront**  
Nachrichten

Den Krieg erschließen, damit der Frieden leben kann  
 Brandenburg führend mit Mai-Vorbereitungen  
 Innerbetrieblicher Wettbewerb zum 1. Mai  
 Fraktionsrat Pankow weist den wsg  
 "Junge Kämpfer" verwirklichen ein Bauprogramm  
 Vollständig verglast und bewirtschaftet  
 Reichsbahn-Aktivisten fahren Akkord  
 "Jugendzug" im Reichsbahnhof Güterbahnhof  
 900 Volkspolizisten für die Arbeit in Formationswerk St. Peter  
 Stettin rüstet zur Verteidigung in der Chemie-Industrie  
 Gute Laune einer Zimmerpolizistin  
 Auswärtige Dokumente aus Führung  
 Delegationsgeschäfte wirken für Frieden und sozialen  
 Konservativ Paul Seck erklärt seine Arbeitsmethode

### Kommunikation

Vorläufige Erkenntnisse über Bevölkerungsstand und Gebietsabtretungen

### Kontakte

Zwei DDR-Szenen unterhalten, die für den Frieden  
 Der Friedensauktion gegen die Langzeitsozial-Herrschaft  
 Ein neuer Aufschwung  
 Praktisch politische Führung und Führung

### Aktivitäten

Die Einheit der Antifaschistischen und Kämpfer (Heinz Schumann)

### Stimmen des Ausländers

Polnische Bauern haben die Ukraine geschenkt  
 Amerikanischer Gewerkschaftsführer gegen Atlantikpakt  
 Eine - Unter einer realistischer Kolonisation

### Information

Die politischen, die Wirtschaftsmaschine beherrschen



# SED-Pressedienst (PD)

REDAKTION: BERLIN C2 · WALLSTR. 76-78

FERNRUF: 672120 · 672620 · 672630

## Inhaltsverzeichnis

22. April 1949

Der Deutsche Volksrat an den Weltfriedenskongress

### Nachrichten

Landesbahnen und Demonstrationen begrüßen Weltfriedenskongress  
Brandenburg kandidaten für den 3. Deutschen Volkskongress  
Wettbewerbe zum 1. Mai

· mehr Lokomotiven und Eisenbahnwagen  
Westdeutsche Kumpeln eingeladen  
einen Drehautomaten mehr  
Prämien für MAS  
Schäferkätzchen  
Alle ziehen an einem Strang  
Auf vollen Touren in Schleswig-Holstein

"Bahn der Jugend" wurde Hauptstrecke  
Viele sowjetische Traktoren und LKW's sind eingetroffen  
Brandenburg intensiviert Wohnungsbau  
Zwischenzeitlich schleswig-holsteinischer Umsiedler  
Wirtschaft in Schleswig-Holstein  
Festtag des VOB zum 1. Mai  
· Beispiel der sowjetischen Jugend

### Fragebogenstimmen

Westdeutsche Reiseindrücke  
· Dr. Erno Schols "normal" findet  
· Reise, ein gutes Geschäft

### Kommunisten

Die Furcht der Hetzer vor einer Einigung  
Demokratisches Spiel um Bonn  
Amerikanische Provokationsapitne zum 1. Mai

### Antifaschist

Iren - der große Revolut unter Führer der Werkstätter  
(von Oberst. Corp.)  
Jetze ... "um den Preis eines Bürgerkrieges" ("Zeit")

### Schatten des Jugends

· Dreijahrplan der Viehzucht der UdSSR  
"Chester Guardian" Über westdeutschen Wiederaufbau

### Unterhaltung

· Shakespeare's kostbares Erbe

25X1A



Approved For Release 2002/01/04 : CIA-RDP83-00415R003100100005-0  
**SED-Pressedienst (PD)**

REDAKTION: BERLIN C2 · WALLSTR. 76-79

FERNRUF: 673150 · 673650 · 673635

## Inhaltsverzeichnis

vom 21. April 1949

### Nachrichten

Sympathiekundgebungen für den Weltfriedenskongress  
Aufbauarbeit unsere Friedenswaffe  
Neptun-Werft wurde Wettbewerbs Sieger  
Im Kreiswerk wird mit Überlegung gearbeitet  
Getreideaussaat in Mecklenburg abgeschlossen  
Sowjetische Spezialisten lehren Trecker fahren  
"Luisitzer Rundschau" hat kritische Volkskorrespondenten  
Hilft der Jugend  
Forstarbeiter auf neuen Wegen

### Letzte Meldung

Schimacher bestätigt Spionage

### Prognostizieren

Charakteristische Geständnisse

### Die Kriegsverlierer zur Verantwortung ziehen!

### Kommentare

Deutschland im Kampf um den Frieden  
Die Rolle eines Agenten  
Zum Umfall bereit  
Freiheit der Persönlichkeit - nicht für Antifaschisten

### Artikelienst

Der Weltfriedenskongress  
Der Arbeitsaufwand in der sowjetischen Landwirtschaft

### Stimmen des Auslandes

Vieleraufleben der deutschen Aggression  
Die Zukunft des r. Mannes  
Parlamentsstimmen zum Budget der Labour-Regierung

### Zur Information

"Diplomat" zum Deutschenrat-Problem

**SECRET**

6/6/49

No. 26

## Presseberichte aus den Westzonen

Neues Wirtschaftsprogramm. Der Wirtschaftspolitische Ausschuss der CDU hat ein neues Siebzehn-Punkte-Wirtschaftsprogramm vorgelegt, das im wesentlichen folgende Thesen enthält:

Schaffung einer Zentralaufsicht für die Währung; keine Subventionspolitik; kein Preisamt; Erhöhung des Realeinkommens nur durch Preissenkung, da sonst eine internationale Wettbewerbsfähigkeit unmöglich ist; kein Zwangssparen, sondern Steuervergünstigungen zum Zwecke der Kapitalsbildung; Steuerreform, verbunden mit größerer Sparsamkeit der öffentlichen Hand; und Neubau der deutschen Handelsflotte, da bisher rund 200 Millionen Dollar jährlich für die Benutzung fremder Schiffe ausgegeben worden sind.

Prof. ERHARD erklärte in einer Rede, das Prinzip der Wirtschaft sei dynamisch, während die Geschichte bewiesen habe, daß alle Versuche, die Wirtschaft durch Zwang in die Statik zu drängen, fehlschlagen müßten. Erhard warf den Kritikern vor, sie hätten als einzigen Ausweg aus den Schwierigkeiten immer nur die Vorteile der Planwirtschaft zu nennen gewußt, die bereits gründlich versagt habe. Kein Mensch könne erwarten, daß nach einem fünfjährigen Zwangszustand in drei oder vier Jahren alle Schäden geheilt sein sollten.

Verschiedene Krisensymptome der gegenwärtigen Lage könnten, so schwierig sie im einzelnen auch seien, durchaus als positiv für die kommende Entwicklung gewertet werden. So sei der gegenwärtige Kreditmangel durchaus ein Zeichen der Konsolidierung, denn er zeige, daß das Gefühl für echtes und gesundes Geld wieder im Wechseln und daß dieses Geld auch tatsächlich gut sei. "Es fiele mir nicht schwer, in acht Tagen alle Arbeitslosen von der Straße zu bringen. Aber der Preis dafür wären neue inflationistische Tendenzen. Damit würde wiederum eine wirtschaftliche Schwächung eintreten, die Preise würden anziehen und das Realeinkommen sinken".

Erhard lehnte die liberalistische Zyklustheorie, die einen periodischen Auf- und Abstieg der Wirtschaft in einem sieben- bis neunjährigen Zeitraum annimmt, ab. Um die Kapitalnot der deutschen Wirtschaft zu beheben, seien jährlich sieben bis acht Milliarden Mark an Investitionen erforderlich. Zur Zeit würden Mittel bereit gestellt, und zwar aus dem "Counter-Part Fonds" sowie durch Anleihen wie jetzt zum Beispiel durch die Reichsbahnanleihe.

Allgem. Ztg. v. 1. Juni 1949

Deutsche Union. Vier Mitglieder der DU, und zwar Schlomm, Woschesch, Maty und Feileng wurden mit sofortiger Wirkung vom Vorstand der DU ausgeschlossen. Es wird ihnen vorgeworfen, mit Vertretern der FDJ und des FDGB an der Gründung der Aktionsgemeinschaft für ein einiges Deutschland mitgewirkt zu haben. Damit mache die DU einen Beschuß wahr, der jedem Mitglied Verhandlungen mit offiziellen Ostzonенorganisationen verbietet.

Die Neue Ztg. vom 31. Mai 1949

Zur Erforschung des Nationalsozialismus. Kürzlich wurde in München eine Kuratoriumssitzung des "Deutschen Institut zur Erforschung des Nationalsozialismus" abgehalten. Das Institut hat als Ziel, die Öffentlichkeit über die Vorgeschichte und die Geschichte des Nationalsozialismus zu informieren und Vorbereitungen für eine wissenschaftliche Darstellung dieser Zeit zu treffen. Es ist eine Stiftung der Ministerpräsidenten der Länder der amerik. Bes. Zone und soll von den Ländern des Bundes getragen werden.

Allgem. Ztg. vom 1. Juni 1949

Die Gründung einer neuen Partei ist in Heidelberg beschlossen worden, in der ohne parteipolitische Bindung alle Flieger- und Jägergeschädigten, ausgewiesenen und Flüchtlinge sowie alle Kriegsbeschädigten zusammengefaßt werden sollen.

Allgem. Ztg. vom 31. Mai 1949

Die Deutsche Zentrumspartei hat jetzt ihre Tätigkeit auch in Rheinland-Pfalz aufgenommen.

SAZ vom 31. Mai 1949

**SECRET**

**SECRET**

31/5/49

No. 105

## Auszüge aus Kundfunkberichten

Sender Leipzig vom 27. Mai 1949

Berlin: "Seien die Terrormaßnahmen der UGO wird in Protestkundgesungen Stellung genommen. So sandten die Eisenbahner von Leipzig, Zwickau, Dresden usw. Telegramme, in denen sie ihrer Entmündung ausdrück gegen, daß das Volkseigentum mutwillig zerstört worden ist. Die heutige vierte Sitzung wurde nach vierstündiger Dauer beendet. Den Vorsitz führte Außenmin. Acheson. Auf der Tagesordnung stand wiederum die wirtschaftl. und pol. Einheit Deutschlands, zu der W. eingehende Vorschläge gemacht hatte.

Korrespondenten einiger Berliner Zeitungen haben auf die von ihnen rechtzeitig festgestellten Einreiseanträge zwecks Teilnahme an der Außenministerkonferenz noch keine Antwort erhalten. Es hat den Anschein, als ob die französische Regierung stillschweigend über die Anträge hinweggehen will, um dadurch der Pflicht enthooden zu sein, die Ablehnung begründen zu müssen. In Kreisen der Journalisten wird die Auffassung vertreten, daß einige Mächte nicht an einer objektiven Berichterstattung interessiert sind.

Zur gegenwärtigen politischen Situation nahm PESCHKE auf der Zonenfunktionärskonferenz der IG Metall Stellung. Er sagte, die Vorschläge Wyschinskis haben klar erkennen lassen, daß die SU bereit sei, alles zu tun, um die Einheit Deutschlands wieder herzustellen. Die 600 Delegierten richteten an alle Metallarbeiter die Aufforderung, die Einheit Deutschlands zum obersten Gesetz ihres Handelns zu machen. - Wyschinski habe in seinen Forderungen über die Wiederherstellung des Viermächtekontrollrates nichts vorgeschlagen, was unannehmbar sei. Es solle daher nicht schwer fallen, zu den alten Beschlüssen von Potsdam zurückzugehen. Wären wir Deutschen in Paris vertreten, würden wir nichts anderes fordern, als was er vorgeschlagen habe.

Sender Leipzig vom 28. Mai 1949

Berlin: Der Dritte Deutsche Volkskongress wird morgen zu seiner ersten Tagung zusammentreten. Die Vorbereitungen dafür sind abgeschlossen. Unter den auswärtigen Delegierten befinden sich zahlreiche Teilnehmer aus Westdeutschland. Zum Thema Deutschland und die Außenministerkonferenz werden u.a. Pieck, Muschke usw. Stellung nehmen. Auf der Tagesordnung steht ferner die Wahl einer Delegation, die Deutschland in Paris vertreten soll.

In der Zeitschrift "Deutschlands Stimme" wird die Bildung einer gesamtdeutschen Nationalen Front als die wichtigste Aufgabe des Volkskongresses bezeichnet. Darauf wird der Abschluß des Friedensvertrages, Abzug der Besatzungstruppen usw. gefordert, weil das die Voraussetzungen für eine friedliche Entwicklung in Deutschland ist. - In zahlreichen Städten Westdeutschlands sind auf Volksversammlungen

Entschließungen angenommen worden, in denen die Ziele des Volkskongresses begrüßt wurden.

Die Tägliche Rundschau schreibt heute, die ersten Tage in Paris haben ergeben, daß es nur die SU ist, die bisher positive Vorschläge vorgebracht hat. Die Westmächte begnügen sich damit, das Wort "Einheit Deutschlands" ständig zu wiederholen, ohne einen konstruktiven Vorschlag zu machen. Ihre eigenen Argumente wären so dürfzig, daß sie nur die Richtigkeit der Vorschläge der SU bestätigen. - Prof. BUDZISLAWSKI erklärte, das deutsche Volk könne den Vorschlägen Wyschinskis zustimmen, denn sie entsprächen seinen Interessen.

Die KPD von Rheinland-Pfalz sandte an den Volkskongress eine Erklärung, in der es heißt, daß sich alle aufrichtigen Deutschen zur Nationalen Front sowie für Deutschlands Einheit und Frieden bekennen. Während sich westdeutsche Politiker zur Zerrichtung Deutschlands nergerissen haben, erhebt der Deutsche Volkskongress seine Stimme zur Entsezung einer deutschen Delegation nach Paris.

Sender Leipzig vom 29. Mai 1949

Heute wurde der Dritte dt. Volkskongress eröffnet. PIECK erklärte, Aufgabe des 3. Volkskongresses sei es, neue Mittel und Wege zu finden, um das Vorblühen der Spaltung Deutschlands zu verhindern. Die breite Kampflinie der "Nationalen Front" müsse auch auf Westdeutschland ausgedehnt werden.

21. 1 + 9

No. 146

## Auszüge aus Presseberichten

Verfassung der Ostzone. Die vom Dritten Volkskongreß der Ostzone angenommene Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik besteht aus einer Präambel und drei Abschäften mit insgesamt 144 Artikeln. Die Verfassung besagt, daß Deutschland eine unteilbare demokratische Republik ist, die sich auf den deutschen Ländern aufbaut. Ihre Hauptstadt ist Berlin. Ihre Farben sind Schwarz-Rot-Gold. Der zum Unterschied vom Bonner Grundgesetz stärker ausgeprägte zentralistische Charakter kommt dort zum Ausdruck, wo es heißt, daß alle wesentlichen Angelegenheiten von der Republik, alle anderen von den Ländern beschlossen werden. Die vom Volk ausgehende Staatsgewalt hat ihr höchstes Organ in der Volkskammer, die aus allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlen hervorgeht. Die Verfassung kennt keine Dreiteilung der Verfassungsgewalten in die Gesetzgebung, Executive und Rechtsprechung. Der Volkskammer zur Seite steht die Landeskammer. Beide Kammern wählen gemeinschaftlich den Präsidenten der Republik aus der stärksten Fraktion der Volkskammer. Der Präsident ist zugleich Regierungschef und amtiert vier Jahre.

In der Verfassung ist die in der Ostzone vorgenommene Enteignung von Kriegsverbrechern und nationalsozialistischen Aktivisten, die Verstaatlichung von Monopolen und Kartellen, die Sozialisierung der Bodenschätze und die Bodenreform verankert. Die Bürger der Deutschen Demokratischen Republik verlieren das aktive und passive Wahlrecht, wenn sie Propaganda gegen demokratische Einrichtungen und Organisationen, Mordhetze gegen demokratische Politiker und Friedenssätze oder militaristische Propaganda betreiben. Im Dorfen werden in der Verfassung die persönliche Freiheit, die Unverletzlichkeit der Wohnung und das Recht der freien Meinungsausübung garantiert. Allerdings wird darauf hingewiesen, daß alle diese Rechte durch die geltenden Gesetze eingeschränkt werden können.

Das Sekretariat des Deutschen Volksrats in Berlin hat an die Pariser Außenministerkonferenz ein Telegramm gerichtet, in dem um Bekanntgabe des Termins zum Empfang einer Volkskongressdelegation durch den Außenministerrat gebeten wird. Gleichzeitig wurden alle vier Besatzungsmächte Deutschlands um Urteilung über Ausreisegenehmigung für die Delegationsteilnehmer gebeten.

Zu der Volksratssitzung in der Berliner Staatsoper erklärte ein Sprecher der SED, die Proklamation der Deutschen Demokratischen Republik durch den Vorsitzenden des Volksrats Pieck werde vorerst keine konkreten Maßnahmen, wie Wahlen oder eine Regierungsbildung nach sich ziehen. "Alle politischen Maßnahmen dieser Art werden zurückgestellt, bis in Paris eine Klärung erfolgt. Es wird nichts geschehen, was eine Verständigung behindern könnte." In der Staatsoper seien lediglich die Grundsätze für die Bildung einer Deutschen Demokratischen Republik proklamiert worden, die bei entsprechenden Ergebnissen der Pariser Außenministerkonferenz konkret angewendet werden sollten.

Allg. Ztg. vom 1. Juni 1949

Ostzonen-LDP. "Die LDP verlangt die rasche und sofortige Behebung der bei der Stimmenauswertung der Volkskongresswahlen festgestellten Unrechtmäßigkeiten und die Strafverfolgung ihrer Urheber", heißt es in einer Resolution der Ostzonen-LDP. Nach einer längeren Besprechung verantwortlicher Parteifunktionäre bei der SMA in Dresden über diese Fragen erklärte der sächsische Justizmin. Dieckmann, die Resolution dürfe auf Befehl der SMA nicht angenommen werden. Die Mehrzahl der Mitglieder des Landesvorstandes der Partei stellte daraufhin fest, es habe keinen Zweck, die Blockpolitik fortzusetzen, und schlug eine Auflösung der LDP vor.

Die Neue Ztg. vom 31. Mai 1949

Großberliner Finanzverwaltung unter neuer Leitung. Der neue Leiter der Finanzabt. des Groß-Berliner Registrats, Martin SCHMIDT, erklärte anlässlich seiner Amtsübernahme, daß die Eingliederung Berlins in den Volkswirtschaftsplan der Zone auch eine Änderung der Methoden und Arbeitsziele der Finanzact. erfordere. Mit dem kommunal-egoistischen Denken der Vergangenheit müsse gearchten werden. Er kündigte an, daß der Abschluß für das Haushaltsjahr 1948/49 bis spätestens zum 31. Juli fertiggestellt sein würde und gleich dem Zonehaushalt einen Über-Neues Deutschland vom 15. Mai 1949

SECRET

No. 145 Auszüge aus Presseberichten

Bildungs-Kollektive. In der Ostzone sind Bildungs-Kollektive entstanden, aus denen Arbeiter und Bauern in das Universitätsstudium gelangen sollen. In den Bildungskollektiven, die vor allem in Sachsen-Anhalt eröffnet worden sind, sollen die Bewerber für das Arbeiter- und Bauernstudium ein halbes Jahr wöchentlich acht bis zehn Stunden in Deutsch, Mathematik, Naturwissenschaften und Gegenwartskunde als Vorbereitung auf das Studium unterrichtet werden. Maßgebender Träger dieser Arbeit ist der Freie Deutsche Gewerkschaftsbund.

Neue Volks-Ztg., vom 27. Mai 1949

Volkskongreß. Auf dem dritten Volkskongreß hat Volksratspräsident NUSCHKE einen nationalen Staat gefordert und erklärt, es sei eine Zumutung, daß die Westmächte den Anschluß der Ostzone-Länder an die Bundesrepublik Deutschland unter der Bonner Verfassung vorgeschlagen hätten. Die Nationale Front, die seit kurzem in der Ostzone propagiert werde, sei keine neue Firma, sie sei vielmehr die Zusammenfassung aller verantwortlichen Deutschen. Nuschke richtete ferner einen Appell an die amerikanische Regierung, in dem er die Abberufung des amerikanischen Stadtkommandanten in Berlin forderte. Howley stelle eine ständige Bedrohung des Friedens dar. Er habe einen Kriegstaat provoziieren wollen, der nur durch die Friedensbereitschaft der SU verhindert worden sei.

Professor KASTNER erklärte, die Ostzone lebe schlechter als die Westzone; sie habe aber auch keine skrupellosen Schulden gemacht. Die "Nein"-Stimmen bei der Volkskongresswahl seien Ausdruck der Empörung darüber, daß Deutschland vier Jahre nach Kriegsende noch keinen Frieden habe.

Am 2. Tag des Kongresses wurde gegen eine Stimme eine "Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik" angenommen. Der Volkskongreß wählte ferner eine 22-köpfige Delegation, die nach Paris zur Konferenz der Außenminister entsandt werden soll. Unter den Mitgliedern der Delegation befindet sich auch der kürzlich verhaftete Vorsitzende der westdeutschen Kommunisten Reimann.

Der Kongreß beschloß dann eine Denkschrift, die dem Außenministerrat vorgelegt werden soll. Die Außenminister werden darin aufgefordert, einen Friedensvertrag für Deutschland auf der Basis der Abkommen von Jalta und Potsdam zu erarbeiten. Die Einheit ganz Deutschlands in Verwaltung und Wirtschaft soll hergestellt und eine einheitliche Währung einführt werden. Alle wirtschaftlichen und verkehrstechnischen Einschränkungen zwischen Westdeutschland und der Ostzone sollen aufgehoben werden. Der Außenministerrat soll ferner die Bildung einer vorläufigen deutschen Zentralregierung aus Vertretern aller demokratischen Parteien und Organisationen einzurichten und eine Friedenskonferenz einzuberufen, an der auch eine vorläufige deutsche demokratische Regierung teilnehmen soll.

Allgem. Ztg., vom 31. Mai 1949

Taktischer Rückzug. Major PATENT von der SMA erklärte dieser Tage in Berlin, das kommunistische Ziel sei unveränderlich die Weltrevolution. Lediglich die taktischen Mittel zur Errichtung der Weltrevolution würden gewechselt. Zur bolschewistischen Taktik gehöre auch manchmal der organisierte Rückzug. Die Bolschewisten griffen auf diese Taktik in Zeiten des Niederganges der revolutionären Möglichkeiten zurück. "Nach diesem gleichen Konzept muß jetzt auch in Deutschland gehandelt werden, um die in der deutschen Bourgeoisie herrschenden Fasensätze zu Gunsten der Weltrevolution zu benutzen. Die Wahl des für den entscheidenden Schlag günstigen Augenblicks ist von ausschlaggebender Bedeutung. Deshalb müssen die Kommunisten Geduld haben, denn ein Rückzug bedeutet nicht eine Niederlage, sondern akti-

Allgem. Ztg., v. 1. Juni 1949

Die volkseigenen Metallwerke Tambach bei Gotha haben die erste Maschine zur Verglasung von Glühlampensockeln fertiggestellt. Die sogenannte Glasvitrierung der Glühlampensockel wurde bisher nur in Westdeutschland betrieben. Vom 1. Mai an sollen in den Tambacher Metallwerken mtl. 200 000 Sockel hergestellt werden. Der Bau weiterer Maschinen wird vorbereitet.

Wirtschaftsrev., vom 27. Mai 1949  
Approved For Release 2002/01/04 : CIA-RDP83-00415R003100100005-0

No. 144

## Auszüge aus Presseberichten

Spinnstoff-Produktion. Der Berliner Spinnstoffwirtschaft wurden durch die Blockadeaufhebung die Tore zum Westen wieder geöffnet, mit der Spinnstoffwirtschaft Berlins verbindet sich die Vorstellung einer Bekleidungsindustrie von hohem Gang, während die Vorstufen nur schwach vertreten sind. Diese Bekleidungsindustrie hat durch Krieg und Blockade empfindlich gelitten. In Berlin dienten vor dem Krieg noch über 100 000 Männer und Frauen allein der Bekleidungswirtschaft. Die Damenoberbekleidungsindustrie der Hauptstadt umfaßte 80 bis 90 % der deutschen Kapazität. Dazu gesellten sich die Herrenoberbekleidung, die Wäsche-, Fieder- und Krawattenindustrie, die Zutatenzweige der verschiedensten Art usw. - Die Berliner Konfektion bestritt in den letzten Vorkriegsjahren rund 40 % des Umsatzes der deutschen Bekleidungsindustrie. Ihr Hauptteil liegt im Ostsektor. Die Ostzone umfaßt darüber hinaus wichtigste Schwerpunkte der deutschen Textilindustrie. Bisher entbehrte die westdeutsche Spinnstoffwirtschaft vor allem die Lieferungen der sächsischen Textilia Maschinenindustrie. In Westdeutschland fehlt bis auf bescheidene Anfänge die Industrie der feinen Baumwollstrümpfe Chemnitzer Art, eine ausreichende Kammgarnindustrie, fast die gesamte Fabrikation von Stoffhandschuhen und die Strickerei-, Spitzen- und Cardinen-Industrie, wie sie im Vogtland beheimatet ist. Die Westzonen brauchen einen erheblichen Zuschuß an Apoldaer Wirk- und Strickwaren und an Greiz-Geraer Tuch- und Kleiderstoffen. Umgekehrt hat der Osten eine unzureichende Kunstseidenindustrie, vor allem fast keine Kupferkunstseide, -nein im Gegensatz zur Almosenärsplindelausrüstung viel zu geringfügige Wäscherei- und Kämmereikapazität, eine bescheidene Seidenwebereiindustrie, einen Mangel an kleinen- und Halbleinen-Industrie, einen empfindlichen an Stoffdruckereien und schließlich einen Engpaß in Chemikalien. Auch dies sind nur hervorstechende Beispiele; sie genügen jedoch, um die störenden, wenn nicht verhängnisvollen wirkungen dieses Zonenwirrwarrs zu beleuchten, der keinen Ausgleich zwischen Mangel und Überfluß oder guter Ausstattung zuläßt.

Allgem. Ztr. vom 27. Mai 1949

Binnen 2 Monaten sollen auf Anordnung der DMK alle industriellen Erzeugnisse der SBZ so gekennzeichnet werden, daß der Hersteller einwandfrei festgestellt werden kann. Die Kennzeichnung gilt als eindeutig, wenn sie die Firmenaturzeichenung, ein eingetragenes Warenzeichen oder eine eingetragene Handelsnummer enthält. Die Herkunft von Waren aus volkseigenen Betrieben muß aus der Kennzeichnung hervorzehen. Die beim Groß- und Einzelhandel nachweisbar aus früheren Lieferungen vorhandenen Larenbestände können auch nach der Frist ohne Kennzeichen in den Verkehr gebracht werden. Ferner haben alle Hersteller und Verteiler industrieller Erzeugnisse in ihren Büchern, Rechnungen, Begleitpapieren usw. die sechsstelligen Nummern der Erzeugnisse sowie dem allgemeinen Warenverzeichnis anzugeben.

Wirtschaftsrev. vom 27. Mai 1949

Die volkseigenen chemischen Färg in Bad Doberan (Mecklenb.) sind die einzige Färg in Deutschland, die aus Tabakofüßen chemisch reines Nikotin herstellt. Der Betrieb hat das Nikotin, das überwiegend zur Schädlingsbekämpfung im Wein- und Obstbau dient, in alle Länder der Welt verauandt. Heute können Auslandsaufträge nur ausgeführt werden, wenn die notwendigen Rohstoffe, Tabakstaub oder Tabakaschall, zur Verfügung gestellt werden. Das in Doberan gewonnene Nikotin wird in der SBZ nur noch in Arzneimittelfabrikation verwendet. Zur Zeit werden im Tagessdurchschnitt 10 t Tabakstaub verarbeitet, die je nach Art des Tabaks 30 bis 50 kg Nikotin ergeben.

Wirtschaftsrev. vom 27. Mai 1949

In der Berliner Zeitung fordert der ehemalige Oberst im Gen. Stab der Luftwaffe Walter LEWESSE-LITZMANN die Offiziere der Wehrmacht auf, aus dem politischen Hintergrund hervorzutreten und sich in die Nationale Front einzureihen. Den aktiven Offizieren werfe man mit Recht vor, mit ihrer befähigend unpolitischen Haltung ein bequemes Werkzeug gewisser politischer Kräfte gewesen zu sein und deren Macht gestärkt zu haben. "Man kann uns jedoch nicht vorwerfen, daß wir nicht national empfunden hätten."

Rhein. Werkur vom 28. Mai 1949

25X1A

No. 25

## Pressebericht aus den Westzonen

Oberbehörde. Westdeutsche Politiker unter Führung von Dr. Auenauer planen eine sogenannte kleine Bundesregierung zu errichten, die als "Oberbehörde" von den eigentlichen Ministerien getrennt werden soll. Diese Oberbehörde, die etwas ganz Neues in der Geschichte des modernen Staatswesens auf der ganzen Welt wäre, könnte unabhängig von den Ministerien auch in einer anderen Stadt arbeiten und nur die eigentlichen Ministerialarbeiten erledigen. Die speziellen Arbeiten der Ministerien würden hiervon nicht berührt. Die jetzigen zweizonenbehörden hätten keinesfalls als Wasserkopf zu gelten. Trotzdem müsse man erwägen, ob nicht in den künftigen Bundesministerien auf lange Sicht nach neuen Grundsätzen geplant werden sollte, da ja die zweizonen-Behörden nur provisorisch gescharriert werden sollen. Ende Juni trete der Wirtschaftsrat höchstwahrscheinlich zum letzten Male zusammen. Der 17. Juli könnte nach Ansicht Dr. Pünders zum Wahltag für den Bundestag bestimmt werden. In der zweiten Hälfte des Monats August sei dann mit dem ersten Zusammentreten der Bundesregierung zu rechnen.

Allgem. Ztg. vom 31. Mai 1949

Technische Messe. Die Technische Messe Hannover ist vorbei. Die Aussteller sind von ihrem Verlauf befriedist. Nach bisherigen Schätzungen sind für rund 90 Mill. DM Exportaufträge und für 60 Mill. Inlandaufträge erteilt worden. 2/3 der Aufträge sind von ausländischen Käufern erteilt worden. Als Hauptkäufer trat Holland für Fahrzeuge, Maschinen und Elektromaterial auf. Es folgten Italien und Ceylon mit großen Aufträgen für den Maschinenbau. - Von den ausländischen Aufträgen fallen über 60 v.H. auf Kraftfahrzeuge und Zubehör, 17 v.H. auf den Maschinenbau und 16 v.H. auf die Elektroindustrie. Bei den Inlandaufträgen führt die Kraftfahrzeugindustrie vor der Elektroindustrie. - Hinsichtlich der Erzeuerländer steht Württemberg-Baden bei den Exportabschlüssen mit 55 v.H. bei weitem an der Spitze.

Die Welt vom 31. Mai 1949

Interzonenhandel. Ein Sprecher der Zweizonenverwaltung für Wirtschaft gab die Gründe bekannt, die zum Scheitern der Interzonenhandelskonferenz führten. Die größte Schwierigkeit bildete die Einigung über die Währungsfrage. Die Vertreter der DWK hatten den westdeutschen Vorschlag, der auf eine Verrechnung in D-Mark über ein Konto bei der Bank deutscher Länder und auf eine Unterteilung der Lieferungen in "Vorbehaltsgüter" mit Genehmigungspflicht und "Übrige Waren" hinausließ, nicht angenommen. Die Verwaltung der Wirtschaft hatte die Gegenvorschläge der DWK auf Errichtung von zwei parallelen Konten mit Parität von Ost- und Westmark ebenfalls abgelehnt.

Süddt. Ztg. vom 31. Mai 1949

Deutsche Auslandsvertretungen. Mit der Ernennung von Dr. von Mangold zum ständigen Leiter des deutschen ERP-Büros in Paris ist faktisch die erste deutsche Nachkriegs-Auslandsvertretung geschaffen worden. Wie Dr. Pünder dazu erklärte, habe man Dr. von Mangold, der schon lange im Pariser ERP-Büro arbeitete, mit der Leitung der deutschen Angelegenheit am Sitz der europäischen Marshallplan-Organisation betraut, nachdem die Lösung der deutschen Probleme dort aus alliierten in deutschen Hände übergegangen sei. Künftig wird man bei Bedarf Sachverständige aus der Wirtschaft, der Wissenschaft und den deutschen Verwaltungen nach Paris delegieren.

SAZ vom 1. Juni 1949

Wahlen in Wolfsburg. Bei der Wahl zur Stadtvertretung in Wolfsburg hat die Deutsche Partei die meisten Stimmen erhalten, und zwar von 26 290 gültig abgegebenen Stimmen 12 619. Es folgt die SPD mit 7 300. Die Wahlbeteiligung betrug 70 %. Das Wahlergebnis macht deutlich, daß die Deutsche Partei die Wähler der Rechtspartei angezogen hat.

Allgem. Ztg. vom 31. Mai 1949

Grundgesetz. Dt. katholische Bischöfe üben scharfe Kritik am Grundgesetz. Sie erkennen hierin an, daß zwar einer Reihe von Einzelforderungen in vielfacher Hinsicht entsprochen wurde, es bleibe aber mit einem schweren Makel behaftet, weil das Elternrecht in seiner Anwendung auf die Schulerziehung nicht ausdrücklich anerkannt wurde. Daher kann es nur als eine vorläufige Ordnung betrachtet werden, das einer schnellen Erwähnung bedarf. "Wir werden den Kampf um Gewissensruhe und volles Elternrecht weiterführen." Die Zeit vom 28. Mai 1949

SECRET

25X1A

39/3140

No. 24

## Pressenrichte aus den Westzonen

Ungenügende Versorgung. Der Verband der Körperbeschädigten, Sozialrentner und Hinterbliebenen für das Land Hessen veranstaltete eine Protestkundgebung. Landesvorsitzender SAUER bezeichnete die Art der Behandlung der in Not geratenen Beschädigten als besondere Tragik und wandte sich um Hilfeleistung an das Ausland. Er stellte die Frage, wo Humanität und Demokratie blieben, wenn Tausende der Verletzten preisgegeben würden durch ein Körperbeschädigten-Leistungsgesetz, das jeder sozialen Gerechtigkeit Wohl spreche. Für das Gesetz mache er die Lethargie der Alliierten und den mangelnden Mut der deutschen Politiker, sich verantwortungsbewusst einzusetzen, verantwortlich. Bis zur Schaffung eines neuen Gesetzes verlangte der Redner Anpassung der Renten an das veränderte Preis- und Sohngefüge. Der Bundesregierung obliege es nur überlassen, umgehend ein neues Versorgungsrecht zu schaffen. Arbeitsminister ARNDTEN warnte anschließend vor einem weiteren Aufschub des Leistungsgesetzes, da dann die Flüchtlinge, Vertriebenen und Kriegsbeschädigten zu einer radikalen Politik greifen könnten.

Allgem. Ztg. vom 30. Mai 1949

Deutsche Union. Der Vorstand der Deutschen Union hat in einer Erklärung zu dem Beginn eines "neuen Abschnitts der politischen Entwicklung in Deutschland" Stellung genommen und die Durchführung freier und geheimer Wahlen sowie die Zulassung aller demokratischen Parteien in ganz Deutschland gefordert. Weder der Bonner Bundestag noch der Volksrat der Ostzone erfüllen, so heißt es in der Erklärung, die Hoffnungen des Volkes, das weder von einem Weststaat noch von der östlichen "Volksdemokratie" etwas wissen wolle.

Stadt. Ztg. vom 28. Mai 1949

Proteste gegen Max Reimanns Verhaftung. Der KPD-Parteivorstand erhob schärfsten Protest gegen die Verhaftung R. Die KPD erblickt in diesem "Willkürakt" den Versuch, die "ständig wachsende Bewegung für ein einiges und unabhängiges Deutschland" zu schwächen und die KPD im kommenden Wahlkampf zu behindern. Die Einkerkерung R. ist nach Ansicht der KPD unter Bruch seiner parlamentarischen Immunität erfolgt, da der Parlamentarische Rat noch nicht aufgelöst worden sei.

SAC vom 31. Mai 1949

Senkung des Diskontsatzes um 0,5 v.H. Der Zentralbankrat der Bank Deutscher Länder beschloß, die Diskontsätze mit Wirkung vom 27. Mai um 1/2 v.H. herabzusetzen. Zur weiteren Lockerung auf dem Gebiet der kurzfristigen Kredite werden die Mindestreserven, die die Geldinstitute bei den Landeszentralbanken zu unterhalten haben, soweit sie sich nach den Sichteinlagen der Auskunftsbehörde berechnen, gesenkt, und zwar für Geldinstitute an Kapitalplätzen von 15 v.H. auf 12 v.H. und für Geldinstitute an Nichtbankplätzen von 10 v.H. auf 9 v.H. Guthaben auf den sogenannten Anlagekonten gelten als Sichteinlagen. Diese Beschlüsse treten am 1. Juni 1949 in Kraft.

Die Welt vom 28. Mai 1949

Auf einer Großkundgebung der CDU in Stuttgart hat sich Dr. ADEMAUER u.a. gegen die wieder aufgenommenen Demontagen gewandt. Die von den Reparationslisten abgesetzten Werke stellten kapazitätsmäßig nur etwa 10 % des Gesamtwertes dar. Eine Steigerung des für Westdeutschland notwendigen Exports sei unmöglich, wenn die neuangeordnete unsinnige Demontage ausgeführt würde. Das neuerrichtete Sicherheitsamt für die Westzonen, das den Frieden garantieren solle und in Nordrhein-Westfalen bereits tätig sei, scheine sich zu einer Konkurrenz-Spiionage höchster Sorte zu entwickeln. Die neue Bundesregierung werde sich gegen diese Industrie-Spiionage, die ausdrücklich der Konkurrenz-Angst entspringe, wehren müssen.

Allgem. Ztg. v. 30. Mai 1949

Der Landesvorsitzende der württembergisch-badischen DVP, Dr. RAUSSMANN, forderte die alsoaldige Selbstauflösung und Neuwahl des Landtages. Dieser sei einer Auflösung durch Volksbegehren und Volksabstimmung vorzuziehen. Der gegenwärtige unklare Zustand sei des Landtages unwürdig und würde auch von einzelnen Beamten-Abgeordneten so empfunden und bezeichnetet. Dr. Reinhold MAYER hatte zur Frage der weiteren aktiven tagsauflösung als Veto gezeichnet. Während Landtagspräsident Wilhelm Haupt im Präge stellt

SECRET

25X1A  
26/49

## No. 25 Auszüge aus Rundfunkberichten

Sender Stuttgart vom 1. Juni 1949

REUTER erklärte gestern, er werde trotz der ablehnenden Haltung auch weiterhin bereit sein, zwischen den Streikenden und der Eisenbahndirektion zu vermitteln. Er äußerte sich optimistisch über eine calige Beendigung des Eisenbahnerstreiks.

Wie die UGO mitteilte, werden die streikenden Eisenbahner morgen eine Urabstimmung über das Angebot der Reichsbahndirektion vornehmen, sechzig Prozent der Beziehe in Westmark auszuzeichnen. Die ursprüngliche Absicht der UGO, den Interzonenverkehr auch ohne die Zustimmung der Reichsbahn wieder in Gang zu bringen, wurde vorläufig zurückgestellt. Die westlichen Militärregierungen haben einen besonderen Ausschluß für die Währungskontrolle in den Westsektoren eingesetzt. Der Kontrollausschuß hat seine Arbeit bereits aufgenommen. Wohnungsinhaber haben von jetzt an ihre Mieten an Hausbesitzer, die im Ostsektor oder in der Ostzone wohnen, auf ein in den Westsektoren eröffnetes Bankkonto zu überweisen.

Der württembergisch-badische Kultusminister Dr. Beyerle erklärte auf der Schlusssitzung des Kongresses für bessere menschliche Beziehungen in München, die Besatzungsmächte hätten eine Reihe von Fehlern begangen, welche die demokratische Erziehung des deutschen Volkes verzögerten. In Namen des deutschen Volkes seien in In- und Ausland große Verbrechen begangen worden. Es sei die Schuld der Deutschen, daß sie diesen Verbrechen nicht entschieden genug entgegen getreten seien. Die als Söhne dem deutschen Volk auferlegte Methode der Entnazifizierung sei aber nicht nur falsch, sondern sogar ein nationales Unglück. Die Entnazifizierung sei ein mißglückter Versuch, dem deutschen Volk klarzumachen, was Gerechtigkeit sei.

In Württemberg-Baden ist als dem ersten Land in der amerikanischen Zone das Lizenzierungssystem der Mil. Reg. für Druckerzeugnisse aufgehoben worden. Es ist nun jeder Person erlaubt, Zeitungen, Bücher und Broschüren zu veröffentlichen. Der Verleger ist jedoch auch weiterhin die Propagierung nationalsozialistischer Ideen und die Veröffentlichung von Druckmitteln untersagt, die Feindseligkeiten und Mißtrauen hervorrufen oder die militärische Sicherheit der Besatzungsmacht gefährden können.

Franz BLUMCHEN hat an Dr. Pündler ein Telegramm gesandt, in dem er ihn bittet, sich dafür einzusetzen, daß die Gelsenberg-Benzin AG und die Fa. Scholven, die beide Fabriken zur Herstellung von synthetischem Benzin sind, nicht abgebaut werden. Er empfahl Dr. Pündler, sein Telegramm an die zuständige britische Stelle weiterzuleiten.

In Südwürttemberg-Hohenzollern ist das Notopfer Berlin aufgehoben worden.

Die Außenminister setzten heute ihre Beratungen fort. Mittags trafen sich die drei westl. Außenminister zu einer Privatunterredung. Es wurde beschlossen vorzuschlagen, die nächsten Beratungen geheim zu führen. Besonders Bevin setzte sich dafür ein, weitere Tagungen ohne Teilnahme der Öffentlichkeit stattfinden zu lassen. Auch gestern hatte Wysschinski erklärt, er könnte sich nicht dem westlichen Standpunkt über die politische Einheit Deutschlands anschließen. Man beschloß daher, zum zweiten Punkt der Tagesordnung, dem Berliner Problem und der Wählungsfrage, überzugehen.

Pol. Kreise sind überzeugt, daß eine wirtschaftliche Einigung des Maximum wäre, das erreicht werden könnte.

Sender Stuttgart vom 2. Juni 1949

Die Kohlenförderung im Ruhrgebiet hat einen neuen Höchststand erreicht, und zwar wurden im Mai durchschnittlich 335'000 t täglich gefördert. Damit hat sich der Tagesdurchschnitt um 6 1/2 tausend Tonnen erhöht. Walter FISCH erklärte dieser Tage: "Wir werden jeden zur Rechenschaft ziehen, der sich am Aufbau eines westdeutschen Kolonialstaates misschuldig macht! Reimann sei nur verhaftet worden, damit die Wahrheit mundtot gemacht würde."

REF ID: A6497

25X1A

No. 24

## Auszüge aus radiofunkberichten

Sender Stuttgart vom 31. Mai 1949

Wyschinski hat heute die Vorsendige der Westmächte für die politische und wirtschaftliche Zukunft Deutschlands erneut absehbar. Er sagte, das Besatzungsstatut sei zeitlich nicht befristet. In dem Statut sei vorgesehen, daß in Deutschland eine lange Besatzung verbleite. Weiter erklärte er, die Einheit Deutschlands könnte nicht nach dem Muster des Grundgesetzes hergestellt werden. Er verlängerte ferner, daß eine Delegation des sogenannten Volkerats ihre Ansichten über Deutschland vorbringen könne. Diese Forderung wurde von den drei Westmächten energetisch zurückgewiesen. Acheson erklärte, er glaube auf keinen Fall, daß die 2000 Delegierten des deutschen Volkskongresses in irgend einer Weise das deutsche Volk oder auch nur die Bevölkerung der Ostzone repräsentierten. Der Volkskongress sei eine russische "Marionetten-Organisation", die nicht weiß, irgendein etwas zu sagen, was nicht von der SU vorher genehmigt sei.

Die sowjetisch kontrollierte Reichsbahndirektion Berlin hat angeordnet, daß vom 1. Juni an Fahrkarten für die westberliner S-Bahnstrecken nur gegen Westmark verkauft werden. Kreiskommandant hat die Verhandlungen mit Oberbürgermeister Neuer über den Streik abgesagt. Das Vermittlungsaufgebot hat sich schon deshalb gegenstandslos, weil die Eisenbahndirektion mehrfach vergeblich den Berliner Regierungsversuch ersucht habe, den in den Westsektoren Berlins wohnenden Eisenbahnmännern 60 % der Lohnzahlungen in Westmark umzutauschen.

Der Württemberg-sächsische Landtag beschäftigte sich mit der Frage der Zugehörigkeit von Beamten zum Parlament. Präsident KELL teilte mit, daß für das Land Württemberg-Baden ein neuer Gesetzentwurf ausgearbeitet werden müsse. Dr. JUERGENS gab eine Regierungserklärung ab, in der es heißt, den Gesetzen zufolge würden sich die Beamten-Abgeordneten lediglich aus Gründen der Disziplin zu entscheiden haben, ob sie ihr Amt oder ihr Abgeordnetenmandat beibehalten wollten. Für diese Entscheidung müsse ihnen eine angemessene Zeit gelassen werden. Dafür könnte ein automatisches Urteilsschein der Mitgliedschaft eines Beamten nicht bejaht werden. Hinzu kommt, daß der umstrittene Artikel des Landesbeamtenesetzes mit der Landesverfassung nicht vereinbar sei und im Widerspruch zu anderen Verfassungsartikeln stehe. Der Entwurf des Innenministeriums für das neue Landes-Wahlgesetz sehe eine Beschränkung der Wahlgarantie der Beamten vor. Die Regierung wolle aber mit der Regelung der Angelegenheit warten, bis der genaue Inhalt des Bundeswahlgesetzes feststehe. Der Sprecher der CDU, WIEDECKE, setzte, daß ein Gesetz die Frage regulieren müsse. Die FDP lehnte durch Leibbrand die Regierungserklärung ab. Dr. KEGGELER, BVP, betonte, daß mit der Regierungserklärung die Frage noch nicht gelöst werde. Sie will, daß der amerikanischen und der britischen Zone besprochenen heute mit dem Min. Präz. der Domäne die alliierten Änderungswünsche zum Wahlgesetz. Wie Min. Präz. KOPE angeschließend mitteilte, wurde in der Unterredung klar gestellt, daß die Min. Präz. lediglich für die Fortsetzung des Wahltermins, die Einberufung des Bundestages und die Bestellung eines Wahlkommissars zuständig sind. Eine Änderung des Wahlgesetzes, wie sie vor allem für das Wahlsystem, die Zahl der Abgeordneten und die Verteilung der Kandidaten auf die einzelnen Länder gefordert wird, ist eine Angelegenheit des Parl. Rates. STOCK erklärte, die Min. Präz. würden sich voraussichtlich nicht mit der von den Alliierten gewünschten Forderung der Bestimmung über Wahlurkunden einverstanden erklären. Die Gouverneure hätten gefordert, die Ausgabe der Wahlurkunden nur auf Anrechnung der Schiffahrt zu verzögern. Die Verwirklichung dieser Bestimmung würde den Prozentsatz der Wahlbeteiligung erheblich herabsetzen, da dann nicht nur zahlreiche Geschäftsleute von der Wahl ausgeschlossen wären, sondern auch viele Urlaubsreisende, die gerade im Hochsommer besonders zahlreich seien. Im übrigen sei es wegen der Dringlichkeit gut, daß die Min. Präz. nicht über Änderungen am Wahlgesetz zu beschließen hatten. Die Tatsache, daß 11 Landtage sich dann erst einvernehmend mit der Materie befassen müßten, würde die Wahl zum 1. September um Monate verzögern.

REF

6/15/49  
25X1A

No. 23

## Auszüge aus Rundfunkberichten

Sender Stuttgart vom 27. Mai 1949

Die Außenmin. werden voraussichtlich Wyschinski heute auffordern, seine Pläne für ein eingeschlossenes Deutschland genau zu definieren. W. bestand auch gestern auf Nacherrichtung des Kontrollrates. Im Verlauf der Sitzung entwarf er eine Karte über die Entwicklung in der Ostzone. Er sagte u.a., daß der Lebensstandard in der Ostzone besser sei als der in der Westzone. - Eine Parole wurde jedoch von den Westmächten mit Skepsis aufgenommen. - Bisher haben die Mächte die sowjetischen Forderungen noch nicht eindeutig abweichen. Sie ließen jedoch durchblicken, daß auch sie einige Bedingungen stellen werden.

Der Güterverkehr zwischen den Westzonen und Berlin ist eingestellt worden. 35 Züge liegen auf der Strecke fest. Seit Dienstag sind nur 7 Züge in Berlin eingetroffen.

Anlässlich der Mitgliederversammlung der Deutsch-Belgisch-Luxemburgischen Handelskammer gab Dr. PFEIFER einen Rechenschaftsbericht über die die westdeutsche Wirtschaftspolitik. Unter Bezugnahme auf die steigende Kohlenförderung erklärte er, bei Erreichen von 360 000 t tägl. werde die Bewirtschaftung von Kohle wesentlich gelockert oder aufgehoben werden. - Durch eine sinnvolle Zusammenfassung aller möglichen Finanzierungsquellen hoffte man, im Laufe des Etatsjahrs 49/50 für Investitionszwecke 7,5 Mrd. DM flüssig machen zu können. - Auch die demnächst von der Kreditanstalt für Wiederaufbau herauskomende steuerbegünstigte Anleihe werde Kapital für die wichtigsten Investitionsvorhaben, wie Wohnungsbaus, Bergbau, Energiewirtschaft namens, wobei die verschiedenen Zwecke nach der Möglichkeit der Kapitalinvestitionsvorhaben berücksichtigt würden. - Zur Frage des kontinuierlichen Absatzes der deutschen Produktion nach Befriedigung des Nachholbedarfes erklärte Dr. Pfeifer, nur eine außergewöhnliche Steigerung der deutschen Exporte könne auf die Dauer eine Auswirkung verhindern. Der Anteil der Kohle an westdeutschen Exporten sei noch immer zu hoch. Beider gingen mit 22,5 % der gesamten westdeutschen Kohle ins Ausland, wo die Kohle unter Weltmarktpreis verkauft werden müsse. Diese Tatsache steht einer Ausweitung der Produktion, dem Ausbau der Industrieanlagen und einem Wohnungsbau in größerem Stil im Wege.

August HAUSLEITER fordert freie und geheime Wahlen in allen deutschen Landern unter Kontrolle der UN. Er betont sich für die Wiederherstellung der Grenzen von 1937 ein. Die Grundsätze der Atlantik-Charta müssen für die ganze Menschheit gelten; sie für einzelne Völker unter Kraft zu setzen, gefährdet die Demokratie. Das Schicksal der deutschen Oder-Weide-Freize muß von seinen ehemaligen Bewohnern entschieden werden. Ein gerechter Friede ist Voraussetzung für die demokratische Weiterentwicklung in Europa.

Sender Stuttgart vom 28. Mai 1949

Die Besprechungen zwischen Vertretern des Frkt. Wirtschaftsrates und der DWK zwecks Wiederaufnahme des Interzonenhändels sind auf unbestimmte Zeit vertagt worden, da es den Frankfurtern an Unterlagen fehlte. Die ostzonalen Vertreter haben sich bereit erklärt, die Besprechungen jederzeit wieder aufzunehmen.

Die Landesversammlung der CSU in Ingolstadt hat heute an Stelle von Justizmin. Dr. Müller mit 510 gegen 151 Stimmen den ein.Pras. Dr. GÖRARD zum Landesvorsitzenden gewählt. FRÄNDI sagte, er bringt ein großes persönliches Opfer, wenn er das Amt des ein.Pras. mit dem des Landesvorsitzenden verbinde. Der eine könnte nur in einer Stellung der Partei und ihrer Haltung als politisches Instrument liegen. Die Aufgabe sei unlösbar, wenn nicht einheitl. mit dem persönlichen Gemeinsamkeit in der Partei aufrehtet werde. Keine Richtschnur in der Politik sei und bleibe. Nicht Bayern vor Deutschland, sondern Bayern in neu-ach. land und Deutschland nicht ohne Bayern.

Das neue Soforthilfegesetz soll so bald wie möglich in Kraft treten. Man hofft, dafür keinen großen Verwaltungsaufwand zu benötigen. Die Soforthilfe ist in erster Linie für Flüchtlinge, Notleidende und Abhängigengeschädigte vorgesehen.

SECRET

~~SECRET~~

5/6/49

No. 26

## Presseberichte aus den westzonen

=====

Neues Wirtschaftsprogramm. Der wirtschaftspolitische Ausschuß der CDU hat ein neues Siebzehn-Punkte-Wirtschaftsprogramm vorgelegt, das im wesentlichen folgende Thesen enthält:

Schaffung einer Zentralaufsicht für die Währung; keine Subventionspolitik; kein Preisamt; Erhöhung des Realeinkommens nur durch Preissenkung, da sonst eine internationale Wettbewerbsfähigkeit unmöglich ist; kein Zwangssparen, sondern Steuervergünstigungen zum Zwecke der Kapitalsbildung; Steuerreform, verbunden mit größerer Sparsamkeit der öffentlichen Hand; und Neubau der deutschen Handelsflotte, da bisher rund 200 Millionen Dollar jährlich für die Benutzung fremder Schiffe ausgegeben worden sind.

Prof. ERHARD erklärte in einer Rede, das Prinzip der Wirtschaft sei dynamisch, während die Geschichte bewiesen habe, daß alle Versuche, die Wirtschaft durch Zwang in die Statik zu drängen, fehlschlagen müßten. Erhard warf den Kritikern vor, sie hätten als einzigen Ausweg aus den Schwierigkeiten immer nur die Vorteile der Planwirtschaft zu nennen gewußt, die bereits gründlich versagt habe. Kein Mensch könne erwarten, daß nach einem fünfjährigen Zwangszustand in drei oder vier Jahren alle Schäden geheilt sein sollten.

Verschiedene Krisensymptome der gegenwärtigen Lage könnten, so schwerwiegender sie im einzelnen auch seien, durchaus als positiv für die kommende Entwicklung gewertet werden. So sei der gegenwärtige Kreditmangel durchaus ein Zeichen der Konsolidierung, denn er zeige, daß das Gefühl für echtes und gesundes Geld wieder im Wachsen und daß dieses Geld auch tatsächlich gut sei. "Es fiele mir nicht schwer, in acht Tagen alle Arbeitslosen von der Straße zu bringen. Aber der Preis dafür wären neue inflationistische Tendenzen. Damit würde wiederum eine wirtschaftliche Schwächung eintreten, die Preise würden anziehen und das Realeinkommen sinken".

Erhard lehnte die liberalistische Zyklustheorie, die einen periodischen Auf- und Abstieg der Wirtschaft in einem sieben- bis neunjährigen Zeitraum annimmt, ab. Um die Kapitalnot der deutschen Wirtschaft zu beheben, seien jährlich sieben bis acht Milliarden Mark an Investitionen erforderlich. Zur Zeit würden Mittel bereit gestellt, und zwar aus dem "Counter-Part-Fonds" sowie durch Anleihen wie jetzt zum Beispiel durch die Reichsbahnanleihe.

Allgem. Ztg. v. 1. Juni 1949

Deutsche Union. Vier Mitglieder der DU, und zwar Schlomm, Woschesch, Matthy und Feileng wurden mit sofortiger Wirkung vom Vorstand der DU ausgeschlossen. Es wird ihnen vorgeworfen, mit Vertretern der FDJ und des FDGB an der Gründung der Aktionsgemeinschaft für ein einiges Deutschland mitgewirkt zu haben. Damit mache die DU einen Beschuß wahr, der jedem Mitglied Verhandlungen mit offiziellen Ostzonenorganisationen verbietet.

Die Neue Ztg. vom 31. Mai 1949

Zur Erforschung des Nationalsozialismus. Kürzlich wurde in München eine Kuratoriumssitzung des "Deutschen Institut zur Erforschung des Nationalsozialismus" abgehalten. Das Institut hat als Ziel, die Öffentlichkeit über die Vorgeschichte und die Geschichte des Nationalsozialismus zu informieren und Vorbereitungen für eine wissenschaftliche Darstellung dieser Zeit zu treffen. Es ist eine Stiftung der Ministerpräsidenten der Länder der amerik. Bes. Zone und soll von den Ländern des Bundes getragen werden.

Allgem. Ztg. vom 1. Juni 1949

Die Gründung einer neuen Partei ist in Heidelberg beschlossen worden, in der ohne parteipolitische Bindung alle Flieger- und Jägergeschädigten, ausgewiesenen und Flüchtlinge sowie alle Kriegsgeschädigten zusammengefaßt werden sollen.

Allgem. Ztg. vom 31. Mai 1949

Die Deutsche Zentrumspartei hat jetzt ihre Tätigkeit auch in Rheinland-Pfalz aufgenommen.

SAZ vom 31. Mai 1949

~~SECRET~~

~~SECRET~~

31/5149

No. 105

## Auszüge aus Rundfunkberichten

Sender Leipzig vom 27. Mai 1949

Berlin: Gegen die Terrormaßnahmen der UGO wird in Protestkundgebungen Stellung genommen. So sandten die Eisenbahner von Leipzig, Zwickau, Dresden usw. Telegramme, in denen sie ihrer Unzufriedenheit Ausdruck geben, daß das Volkseigentum mutwillig zerstört worden ist.

Die heutige vierte Sitzung wurde nach vierstündiger Dauer beendet. Den Vorsitz führte Außenmin. Acheson. Auf der Tagesordnung stand wiederum die wirtschaftl. und pol. Einheit Deutschlands, zu der W. eingehende Vorschläge gemacht hatte.

Korrespondenten einiger Berliner Zeitungen haben auf die von ihnen rechtzeitig gestellten Einreiseanträge zwecks Teilnahme an der Außenministerkonferenz noch keine Antwort erhalten. Es hat den Anschein, als ob die französische Regierung stillschweigend über die Anträge hinweggehen will, um dadurch der Pflicht enthoben zu sein, die Ablehnung begründen zu müssen. In Kreisen der Journalisten wird die Auffassung vertreten, daß einige Wächte nicht an einer objektiven Berichterstattung interessiert sind.

Zur gegenwärtigen politischen Situation nahm PESCHKE auf der Zonenfunktionärskonferenz der IG Metall Stellung. Er sagte, die Vorschläge Wyschinskis haben klar erkennen lassen, daß die SU bereit sei, alles zu tun, um die Einheit Deutschlands wieder herzustellen. Die 600 Delegierten richteten an alle Metallarbeiter die Aufforderung, die Einheit Deutschlands zum obersten Gesetz ihres Handelns zu machen. - Wyschinski habe in seinen Forderungen über die Wiederherstellung des Viermächtekontrollrates nichts vorgeschlagen, was unannehmbar sei. Es solle daher nicht schwer fallen, zu den alten Beschlüssen von Potsdam zurückzugehen. Wären wir Deutschen in Paris vertreten, würden wir nichts anderes fordern, als was er vorgeschlagen habe.

Sender Leipzig vom 28. Mai 1949

Berlin: Der Dritte Deutsche Volkskongress wird morgen zu seiner ersten Tagung zusammengetreten. Die Vorbereitungen dafür sind abgeschlossen. Unter den auswärtigen Delegierten befinden sich zahlreiche Teilnehmer aus Westdeutschland. Zum Thema Deutschland und die Außenministerkonferenz werden u.a. Pieck, Wuschke usw. Stellung nehmen. Auf der Tagesordnung steht ferner die Wahl einer Delegation, die Deutschland in Paris vertreten soll.

In der Zeitschrift "Deutschlands Stimme" wird die Bildung einer gesamtdutschen Nationalen Front als die wichtigste Aufgabe des Volkskongresses bezeichnet. Ferner wird der Abschluß des Friedensvertrages, Anzug der Besatzungstruppen usw. gefordert, weil das die Voraussetzungen für eine friedliche Entwicklung in Deutschland ist. - In zahlreichen Städten Westdeutschlands sind auf Volksversammlungen Entschließungen angenommen worden, in denen die Ziele des Volkskongresses begrüßt wurden.

Die tägliche Kundschau schreibt heute, die ersten Tage in Paris haben gezeigt, daß es nur die SU ist, die bisher positive Vorschläge vorgebracht hat. Die Westwächte begnügten sich damit, das Wort "Einheit Deutschlands" ständig zu wiederholen, ohne einen konstruktiven Vorschlag zu machen. Ihre Gegenargumente wären so dürfzig, daß sie nur die Richtigkeit der Vorschläge der SU bestätigten. - Prof. BUDZISLAWSKI erklärte, das deutsche Volk könne den Vorschlägen Wyschinskis zustimmen, denn sie entsprächen seinen Interessen.

Die KPD von Rheinland-Pfalz sandte an den Volkskongress eine Erklärung, in der es heißt, daß sich alle aufrichtigen Deutschen zur Nationalen Front sowie für Deutschlands Einheit und Frieden bekennen. Während sich westdeutsche Politiker zur Zerreibung Deutschlands nergerissen haben, erhebt der Deutsche Volkskongress seine Stimme zur Entsendung einer deutschen Delegation nach Paris.

Sender Leipzig vom 29. Mai 1949

Heute wurde der Dritte dt. Volkskongress eröffnet. PIECK erklärte, Aufgabe des 3. Volkskongresses sei es, neue Mittel und Wege zu finden, um das Unglück der Spaltung Deutschlands zu verhindern. Die breite Kampflinie der "Nationalen Front" müsse auch auf Westdeutschland ausgedehnt werden.

~~SECRET~~

**SECRET**

2/4 149

No. 146

Auszüge aus Presseberichten

Verfassung der Ostzone. Die vom Dritten Volkskongreß der Ostzone angenommene Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik besteht aus einer Präambel und drei Abschritten mit insgesamt 144 Artikeln. Die Verfassung besagt, daß Deutschland eine unteilbare demokratische Republik ist, die sich auf den deutschen Ländern aufbaut. Ihre Hauptstadt ist Berlin. Ihre Farben sind Schwarz-Rot-Gold. Der zum Unterschied vom Bonner Grundgesetz stärker ausgeprägte zentralistische Charakter kommt dort zum Ausdruck, wo es heißt, daß alle wesentlichen Angelegenheiten von der Republik, alle anderen von den Ländern beschlossen werden. Die vom Volk ausgehende Staatsgewalt hat ihr höchstes Organ in der Volkskammer, die aus allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlen hervorgeht. Die Verfassung kennt keine Dreiteilung der Verfassungsgewalten in die Gesetzgebung, Executive und Rechtsprechung. Der Volkskammer zur Seite steht die Landeskammer. Beide Kammern wählen gemeinschaftlich den Präsidenten der Republik aus der stärksten Fraktion der Volkskammer. Der Präsident ist zugleich Regierungschef und amtiert vier Jahre.

In der Verfassung ist die in der Ostzone vorgenommene Enteignung von Kriegsverbrechern und nationalsozialistischen Aktivisten, die Verstaatlichung von Monopolen und Kartellen, die Sozialisierung der Bodenschätze und die Bodenreform verankert. Die Bürger der Deutschen Demokratischen Republik verlieren das aktive und passive Wahlrecht, wenn sie Propaganda gegen demokratische Einrichtungen und Organisationen, Nordhetze gegen demokratische Politiker und Kriegsverbrecher oder militaristische Propaganda betreiben. Im Wörter werden in der Verfassung die persönliche Freiheit, die Unverletzlichkeit der Wohnung und das Recht der freien Meinungsäußerung garantiert. Außerdem wird darauf hingewiesen, daß alle diese Rechte durch die geltenden Gesetze eingeschränkt werden können.

Das Sekretariat des Deutschen Volksrats in Berlin hat an die Pariser Außenministerkonferenz ein Telegramm gerichtet, in dem um Bekanntgabe des Termins zum Empfang einer Volkskongressdelegation durch den Außenministerrat gebeten wird. Gleichzeitig wurden alle vier Besatzungsmächte Deutschlands im Urteilung der Ausreisegenehmigung für die Delegationsmitglieder gebeten.

Zu der Volksratssitzung in der Berliner Staatsoper erklärte ein Sprecher der SED, die Proklamation der Deutschen Demokratischen Republik durch den Vorsitzenden des Volksrats Pieck werde vorerst keine konkreten Maßnahmen, wie Wahlen oder eine Regierungsbildung nach sich ziehen. "Alle politischen Maßnahmen dieser Art werden zurückgestellt, bis in Paris eine Klärung erfolgt. Es wird nichts geschehen, was eine Verständigung behindern könnte." In der Staatsoper seien lediglich die Grundsätze für die Bildung einer Deutschen Demokratischen Republik proklamiert worden, die bei entsprechenden Ergebnissen der Pariser Außenministerkonferenz konkret angewendet werden sollten.

Allg. Ztg. vom 1. Juni 1949

Ostzonen-LDP. "Die LDP verlangt die rasche und sofortige Behebung der bei der Stimmenauswertung der Volkskongresswahlen festgestellten Unregelmäßigkeiten und die Strafverfolgung ihrer Urheber", heißt es in einer Resolution der Ostzonen-LDP. Nach einer längeren Besprechung verantwortlicher Parteifunktionäre bei der SMA in Dresden über diese Fragen erklärte der sächsische Justizmin. Dieckmann, die Resolution dürfe auf Befehl der SMA nicht angenommen werden. Die Mehrzahl der Mitglieder des Landesvorstandes der Partei stellte daraufhin fest, es habe keinen Zweck, die Blockpolitik fortzusetzen, und schlug eine Auflösung der LDP vor.

Die Neue Ztg. vom 31. Mai 1949

Großberliner Finanzverwaltung unter neuer Leitung. Der neue Leiter der Finanzabt. des Groß-Berliner Registrats, Martin SCHWIDT, erklärte anlässlich seiner Mtsübernahme, daß die Eingliederung Berlins in den Volkswirtschaftsplan der Zone auch eine Änderung der Methoden und Arbeitsziele der Finanzabt. erfordere. Mit dem kommunal-egoistischen Denken der Vergangenheit müsse rebrochen werden. Er kündigte an, daß der Abschluß für das Haushaltsjahr 1948/49 bis spätestens zum 31. Juli fertiggestellt sein würde und würde dem Zonenhaushalt einen jahreswechsel aufweisen werde.

Neues Deutschland vom 15. Mai 1949

**SECRET**

16179

No. 145

## Auszüge aus Presseberichten

Bildungs-Kollektive. In der Ostzone sind Bildungs-Kollektive entstanden, aus denen Arbeiter und Bauern in das Universitätsstudium gelangen sollen. In den Bildungskollektiven, die vor allen in Sachsen-Anhalt eröffnet worden sind, sollen die Bewerber für das Arbeiter- und Bauernstudium ein halbes Jahr wöchentlich acht bis zehn Stunden in Deutsch, Mathematik, Naturwissenschaften und Gegenwartskunde als Vorbereitung auf das Studium unterrichtet werden. Maßgebender Träger dieser Arbeit ist der Freie Deutsche Gewerkschaftsbund.

Neue Volks-Ztg. vom 27. Mai 1949

Volkskongreß. Auf dem dritten Volkskongreß hat Volksratspräsident NUSCHKE einen nationalen Staat gefordert und erklärt, es sei eine Zumutung, daß die Westmächte den Anschluß der Ostzonenländer an die Bundesrepublik Deutschland unter der Bonner Verfassung vorgeschlagen hätten. Die Nationale Front, die seit kurzem in der Ostzone propagiert werde, sei keine neue Firma, sie sei vielmehr die Zusammenfassung aller verantwortlichen Deutschen. Nuschke richtete ferner einen Appell an die amerikanische Regierung, in dem er die Abberufung des amerik. Stadtcommandanten in Berlin forderte. Howley stelle eine ständige Bedrohung des Friedens dar. Er habe einen Kriegstaat provoziert wollen, der nur durch die Friedensbereitschaft der SU verhindert worden sei.

Professor KASTNER erklärte, die Ostzone lebe schlechter als die Westzone, sie habe aber auch keine skrupellosen Schulden gemacht. Die "Nein"-Stimmen bei der Volkskongreßwahl seien Ausdruck der Empörung darüber, daß Deutschland vier Jahre nach Kriegsende noch keinen Frieden habe.

Am 2. Tag des Kongresses wurde gegen eine Stimme eine "Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik" angenommen. Der Volkskongreß wählte ferner eine 22-köpfige Delegation, die nach Paris zur Konferenz der Außenminister entsandt werden soll. Unter den Mitgliedern der Delegation befindet sich auch der kürzlich verhaftete Vorsitzende der westdeutschen Kommunisten Reimann.

Der Kongreß beschloß dann eine Denkschrift, die dem Außenministerrat vorgelegt werden soll. Die Außenminister werden darin aufgefordert, einen Friedensvertrag für Deutschland auf der Basis der Abkommen von Jalta und Potsdam zu entwerfen. Die Einheit ganz Deutschlands in Verwaltung und Wirtschaft soll hergestellt und eine einheitliche Währung eingeführt werden. Als wirtschaftlichen und verkehrstechnischen Einschränkungen zwischen Westdeutschland und der Ostzone sollen aufgehoben werden. Der Außenministerrat soll ferner die Bildung einer vorläufigen deutschen Zentralregierung aus Vertretern aller demokratischen Parteien und Organisationen einzurichten genehmigen und eine Friedenskonferenz einzuberufen, an der auch eine vorläufige deutsche demokratische Regierung teilnehmen soll.

Allgem. Ztg. vom 31. Mai 1949

Taktischer Rückzug. Major PATENT von der SMA erklärte dieser Tage in Berlin, das kommunistische Ziel sei unveränderlich die Weltrevolution. Lediglich die taktischen Mittel zur Errichtung der Weltrevolution würden gewechselt. Zur bolschewistischen Taktik gehören auch manchmal der organisierte Rückzug. Die Bolschewisten griffen auf diese Taktik in Zeiten des Niederganges der revolutionären Möglichkeiten zurück. "Nach diesem gleichen Konzept muß jetzt auch im Deutschen Reich gehandelt werden, wie die in der deutschen Bourgeoisie herrschenden Faschists zu Gunsten der Weltrevolution zu benutzen. Die Wahl des für den entscheidenden Schlag günstigen Augenblicks ist von ausschlaggebender Bedeutung. Deshalb müssen die Kommunisten Geduld haben, denn ein Rückzug bedeutet nicht eine Niederlage, sondern akti-

Allgem. Ztg. v. 1. Juni 1949

Die volkseigenen Metallwerke Tamoach bei Gotha haben die erste Maschine zur Verglasung von Glühlampensockeln fertiggestellt. Die sogen. Glasvitrierung der Glühlampensockel wurde bisher nur in Westdeutschland betrieben. Vom 1. Mai an sollen in den Tamoachar Metallwerken mtl. 200 000 Sockel hergestellt werden. Der Bau weiterer Maschinen wird vorbereitet.

Wirtschaftsrev. vom 27. Mai 1949

**SECRET**

No. 144

## Auszüge aus Presseberichten

**Spinnstoff-Erzeugung.** Der Berliner Spinnstoffwirtschaft wurden durch die Blockadeaufhebung die Tore zum Westen wieder geöffnet. Mit der Spinnstoffwirtschaft Berlins verbindet sich die Vorstellung einer Bekleidungsindustrie von hohem Rang, während die Vorstufen nur schwach vertreten sind. Diese Bekleidungsindustrie hat durch Krieg und Blockade empfindlich gelitten. In Berlin dienten vor dem Krieg noch über 100 000 Männer und Frauen allein der Bekleidungsindustrie. Die Damenoberbekleidungsindustrie der Hauptstadt umfaßte 80 bis 90 % der deutschen Kapazität. Dazu gesellten sich die Herrenoberbekleidung, die Wäsche-, Fieder- und Kravattenindustrie, die Zutatenzweige der verschiedensten Art usw. - Die Berliner Konfektion bestritt in den letzten Vorkriegsjahren rund 40 % des Umsatzes der deutschen Bekleidungsindustrie. Ihr Hauptteil liegt im Ostsektor. Die Ostzone umfaßt darüber hinaus wichtigste Schwerpunkte der deutschen Textilindustrie. Bisher entbehrte die westdeutsche Spinnstoffwirtschaft vor allem die Lieferungen der sächsischen Textilmaschinenindustrie. In Westdeutschland fehlt bis auf bescheidene Anfänge die Industrie der feinen Baumwollstrümpfe Chemnitzer Art, eine auhreichende Kammgarnindustrie, fast die gesamte Fabrikation von Stoßfängerschuhen und die Stickerei-, Spitzen- und Cardinen-Industrie, wie sie im Vogtland beheimatet ist. Die Westzonen brauchen einen erheblichen Zusatz an Apoldaer Wirk- und Strickwaren und an Greiz-Geraer Tuch- und Kleiderstoffen. Umgekehrt hat der Osten eine unzureichende Kunstseidenindustrie, vor allem fast keine Kupferkunstseide, eine im Gegensatz zur Kammgarnspindel-ausrüstung viel zu geringfüige Wäscherei- und Kämmererikapazität, eine bescheidene Seidenwebereiindustrie, einen Mangel an Seinen- und Halbleinen-Webereien, einen empfindlichen an Stoßdruckereien und schließlich einen Mangel in Chemikalien. Auch dies sind nur hervorstechende Beispiele; sie genügen jedoch, um die störenden, wenn nicht verhängnisvollen wirkungen dieses Zonenwirrwarrs zu verdeutlichen, der keinen Ausgleich zwischen Rang und Überfluß oder guter Ausstattung zuläßt.

Allgem. Zts. vom 27. Mai 1949

Binnen 2 Monaten sollen auf Anordnung der DWI alle industriellen Erzeugnisse der SBZ so gekennzeichnet werden, daß der Versteller einwandfrei festgestellt werden kann. Die Kennzeichnung gilt als eindeutig, wenn sie die Firmenurkennzeichnung, ein eingetragenes Warenzeichen oder eine eingetragene Handelsnummer enthält. Die Herkunft von Waren aus volkseigenen Betrieben muß aus der Kennzeichnung hervorzehen. Die beim Groß- und Einzelhandel nachweisbar aus früheren Lieferungen vorhandenen Warenbestände können auch nach der Frist ohne Kennzeichen in den Verkehr gebracht werden. Ferner haben alle Hersteller und Verteiler industrieller Erzeugnisse in ihren Büchern, Rechnungen, Belegschaftspapieren usw. die sechsstelligen Nummern der Erzeugnisse gemäß dem allgemeinen Warenverzeichnis anzugeben.

Wirtschaftsrev. vom 27. Mai 1949

Die volkseigenen chemischen Werke in Bad Doberan (Mecklenb.) sind die einzige Frik in Deutschland, die aus Tabakasäften chemisch reines Nikotin herstellt. Der Betrieb hat das Nikotin, das überwiegend zur Schädlingsbekämpfung im Wein- und Obstbau dient, in alle Länder der Welt verauandt. Heute können Auslandsaufträge nur ausgeführt werden, wenn die notwendigen Rohstoffe, Tabakstaub oder Tabakasäfte, zur Verfügung gestellt werden. Das in Doberan gewonnene Nikotin wird in der SBZ nur noch in Arzneimittelfabrikation verwendet. Zur Zeit werden im Tagessdurchschnitt 10 t Tabakstaub verarbeitet, die je nach Art des Tabaks 30 bis 50 kg 96 %iges Nikotin ergeben.

Wirtschaftsrev. vom 27. Mai 1949

In der Berliner Zeitung fordert der ehemalige Oberst im Gen-Stab der Luftwaffe Walter LEWESS-LITZMANN die Offiziere der Wehrmacht auf, aus dem politischen Hintergrund herauszutreten und sich in die Nationale Front einzureihen. Den aktiven Offizieren werfe man mit Recht vor, mit ihrer beispielhaft unpolitischen Haltung ein bequemes Werkzeug gewisser politischer Kräfte gewesen zu sein und deren Macht gestärkt zu haben. "Man kann uns jedoch nicht vorwerfen, daß wir nicht national empfunden hätten."

Rhein. Werkur vom 28. Mai 1949

~~SECRET~~

116/49

## No. 25 Presseberichte aus den Westzonen

Überbehörde. Westdeutsche Politiker unter Führung von Dr. Adenauer planen eine sogenannte kleine Bundesregierung zu errichten, die als "Überbehörde" von den eigentlichen Ministerien getrennt verfasst werden soll. Diese Überbehörde, die etwas ganz Neues in der Geschichte des modernen Staatswesens auf der ganzen Welt wäre, könnte unabhängig von den Ministerien auch in einer anderen Stadt arbeiten und nur die eigentlichen Ministerialarbeiten erledigen. Die speziellen Arbeiten der Ministerien würden hiervon nicht berührt. Die jetzigen zweizonen-behörden hätten keinesfalls als Wasserkopf zu gelten. Trotzdem müsse man erwägen, ob nicht in den künftigen Bundesministerien auf lange Sicht nach neuen Grundsätzen geplant werden sollte, da ja die zweizonen-behörden nur provisorisch gescharten worden seien. Ende Juni trete der Wirtschaftsrat höchstwahrscheinlich zum letzten Male zusammen. Der 17. Juli könnte nach Ansicht Dr. Pünders zum Wahltag für den Bundestag bestimmt werden. In der zweiten Hälfte des Monats August sei dann mit dem ersten Zusammentreten der Bundesregierung zu rechnen.

Allgem. Ztg. vom 31. Mai 1949

Technische Messe. Die Technische Messe Hannover ist vorbei. Die Aussteller sind von ihrem Verlauf befriedigt. Nach bisherigen Schätzungen sind für rund 90 Mill. DM Exportaufträge und für 60 Mill. Inlandaufträge erteilt worden. 2/3 der Aufträge sind von ausländischen Käufern erteilt worden. Als Hauptkäufer trat Holland für Fahrzeuge, Maschinen und Elektromaterial auf. Es folgten Italien und Ceylon mit großen Aufträgen für den Maschinenbau. Von den ausländischen Aufträgen fallen über 60 v.H. auf Kraftfahrzeuge und Zubehör, 17 v.H. auf den Maschinenbau und 16 v.H. auf die Elektroindustrie. Bei den Inlandaufträgen führt die Kraftfahrzeugindustrie vor der Elektroindustrie. - Hinsichtlich der Erzeuerländer steht Württemberg-Baden bei den Exportabschlüssen mit 55 v.H. bei weitem an der Spitze.

Die Welt vom 31. Mai 1949

Interzonenhandel. Ein Sprecher der Zweizonenverwaltung für Wirtschaft gab die Gründe bekannt, die zum Scheitern der Interzonenhandelskonferenz führten. Die größte Schwierigkeit bildete die Einigung über die Währungsfrage. Die Vertreter der DVK hatten den westdeutschen Vorschlag, der auf eine Verrechnung in D-Mark über ein Konto bei der Bank deutscher Länder und auf eine Unterteilung der Lieferungen in "Vorbehaltsgüter" mit Genehmigungspflicht und "Übrige Waren" hinausließ, nicht angenommen. Die Verwaltung für Wirtschaft hatte die Gegenvorschläge der DVK auf Errichtung von zwei parallelen Konten mit Parität von Ost- und Westmark ebenfalls abgelehnt.

Süddt. Ztg. vom 31. Mai 1949

Deutsche Auslandsvertretungen. Mit der Ernennung von Dr. von MANGOLD zum ständigen Leiter des deutschen ERP-Büros in Paris ist faktisch die erste deutsche Nachkriegs-Auslandsvertretung geschaffen worden. Wie Dr. Pünder dazu erklärte, habe man Dr. von Mangold, der schon lange im Pariser ERP-Büro arbeitete, mit der Leitung der deutschen Angelegenheit am Sitz der europäischen Marshallplan-Organisation betraut, nachdem die Lösung der deutschen Probleme dort aus alliierten in deutsche Hände übergegangen sei. Künftig wird man bei Bedarf Sachverständige aus der Wirtschaft, der Wissenschaft und den deutschen Verwaltungen nach Paris delegieren.

EAZ vom 1. Juni 1949

Wahlen in Wolfsburg. Bei der Wahl zur Stadtvertretung in Wolfsburg hat die Deutsche Partei die meisten Stimmen erhalten, und zwar von 26 290 gültig abgegebenen Stimmen 12 619. Es folgt die SPD mit 7 800. Die Wahlbeteiligung betrug 70 %. Das Wahlergebnis macht deutlich, daß die Deutsche Partei die Wähler der Rechtspartei angezogen hat.

Grundgesetz. Dt. katholische Bischöfe üben scharfe Kritik am Grundgesetz. Sie erkennen hierin an, daß zwar einer Reihe von Einzelforderungen in vielfacher Hinsicht entsprochen wurde, es sie aber mit einem schweren Makel behaftet, weil das Elternrecht in seiner Anwendung auf die Schulziehung nicht ausdrücklich anerkannt wurde. Daher kann es nur als eine vorläufige Ordnung betrachtet werden, das einer schnellen Erweiterung bedarf. "Wir werden den Kampf um Gewissensstreitig und volles Elternrecht weiterführen." Approved For Release 2002/01/04 : CIA-RDP83-00415R0031000050

Die Zeit vom 28. Mai 1949

~~SECRET~~

39/3149

No. 24

## Presseberichte aus den Westzonen

Ungenügende Versorgung. Der Verband der Körperbeschädigten, Sozialrentner und Hinterbliebenen für das Land Hessen veranstaltete eine Protestkundgebung. Landesvorsitzender SAUER bezeichnete die Art der Behandlung der in Not geratenen Beschädigten als besondere Tragik und wandte sich um Hilfeleistung an das Ausland. Er stellte die Frage, wo Humanität und Demokratie blieben, wenn Tausende der Vereinigung preisgegeben würden durch ein Körperbeschädigten-Leistungsgebot, das jeder sozialen Gerechtigkeit Nohn sprocche. Für das Gesetz mache er die Lethargie der Alliierten und den mangelnden Mut der deutschen Politiker, sich verantwortungsbewusst einzusetzen, verantwortlich. Bis zur Schaffung eines neuen Gesetzes verlangte der Redner Anpassung der Renten an das veränderte Preis- und Lohngefüge. Der Bundesregierung solle es nur überlassen, umgehend ein neues Versorgungsrecht zu schaffen. Arbeitsminister ARNIGEN warnte anschließend vor einem weiteren Aufschub des Leistungsgebotes, da dann die Flüchtlinge, Vertriebenen und Kriegsbeschädigten zu einer radikalen Politik greifen könnten.

Allgem. Ztg. vom 30. Mai 1949

Deutsche Union. Der Vorstand der Deutschen Union hat in einer Erklärung zu dem Beginn eines "neuen Abschnitts der politischen Entwicklung in Deutschland" Stellung genommen und die Durchführung freier und geheimer Wahlen sowie die Zulassung aller demokratischen Parteien in ganz Deutschland gefordert. Weder der Bonner Bundestag noch der Volksrat der Ostzone erfüllen, so heißt es in der Erklärung, die Hoffnungen des Volkes, das weder von einem Weststaat noch von der östlichen "Volksdemokratie" etwas wissen wolle.

Stidt. Ztg. vom 28. Mai 1949

Proteste gegen Max Reinhards Verhaftung. Der KPD-Parteivorstand erhob scharfsten Protest gegen die Verhaftung R. Die KPD erblickt in diesem "Willkürakt" den Versuch, die "ständig wachsende Bewegung für ein einziges und unabhängiges Deutschland" zu schwächen und die KPD im kommenden Wahlkampf zu behindern. Die Einkerkierung ist nach Ansicht der KPD unter Bruch seiner parlamentarischen Immunität erfolgt, da der Parlamentarische Rat noch nicht aufgelöst worden sei.

SAZ vom 31. Mai 1949

Senkung des Diskontsatzes um 0,5 v.H. Der Zentralbankrat der Bank Deutscher Länder beschloß, die Diskontsätze mit Wirkung vom 27. Mai um 1/2 v.H. herabzusetzen. Zur weiteren Lockerung auf den Markt der kurzfristigen Kredite werden die Mindestreserven, die die Geldinstitute bei den Landeszentralbanken zu unterhalten haben, soweit sie sich nach den Sichteinlagen der Kundschaft berechnen, gesenkt, und zwar für Geldinstitute an Bankplätzen von 15 v.H. auf 12 v.H. und für Geldinstitute an Nichtbankplätzen von 10 v.H. auf 9 v.H. Sollten auf den sogenannten Anlagekonten gelten als Sichteinlagen. Diese Beschlüsse treten am 1. Juni 1949 in Kraft.

Die Welt vom 28. Mai 1949

Auf einer Großkundgebung der CDU in Stuttgart hat sich Dr. ADENAUER u.a. gegen die wieder aufgenommenen Demontagen gewandt. Die von den Reparationslisten abgesetzten Werke stellten kapazitätsmäßig nur etwa 10 % des Gesamtwertes dar. Eine Steigerung des für Westdeutschland notwendigen Exports sei unmöglich, wenn die neuangeordnete unsinnige Demontage ausgeführt würde. Das neuerrichtete Sicherheitsamt für die Westzonen, das den Frieden garantieren solle und in Nordrhein-Westfalen bereits tätig sei, scheine sich zu einer Konkurrenz-Spionage übler Sorte zu entwickeln. Die neue Bundesregierung werde sich gegen diese Industrie-Spionage, die ausdrücklich der Konkurrenz-Angst entspringe, wehren müssen.

Allgem. Ztg. v. 30. Mai 1949

Der Landesvorsitzende der Württembergisch-badischen DVP, Dr. HAUSMANN, forderte die alsoaldige Selektionslösung und Neuwahl des Landtages. Dieser sei einer Auflösung durch Volksbegehren und Volksabstimmung vorzuziehen. Der gegenwärtige unklare Zustand sei des Landtages unmöglich und würde auch von einzelnen Beamten-Abgeordneten so empfunden und bezeichnet. Dr. Reinhold MAIER hatte zur Frage der weiteren aktiven politischen Mitwirkung der Beamten-Abgeordneten im Landtag die Landtagsauflösung als Utopie bezeichnet, während Landtagspräsident Wilhelm KÜLL die Möglichkeit einer Landtagswahl ansetzen überhaupt in Frage stellt.

SAZ vom 31. Mai 1949

2/6/49

No. 25

## Auszüge aus Rundfunkberichten

Sender Stuttgart vom 1. Juni 1949

REUTER erklärte gestern, er werde trotz der ablehnenden Haltung auch weiterhin bereit sein, zwischen den Streikenden und der Eisenbahndirektion zu vermitteln. Er äußerte sich optimistisch über eine baldige Beendigung des Eisenbahnerstreiks.

Wie die UGO mitteilte, werden die streikenden Eisenbahner morgen eine Urabstimmung über das Angebot der Reichsbahndirektion vornehmen, sechzig Prozent der Bezieher in Westmark auszuzeichnen. Die ursprüngliche Absicht der UGO, den Interzonenverkehr auch ohne die Zustimmung der Reichsbahn wieder in Gang zu bringen, wurde vorläufig zurückgestellt. Die westlichen Militärregierungen haben einen besonderen Ausschuss für die Währungskontrolle in den Westsektoren eingesetzt. Der Kontrollausschuss hat seine Arbeit bereits aufgenommen. Wohnungsinhaber haben von jetzt an ihre Mieten an Hausbesitzer, die im Ostsektor oder in der Osthälfte wohnen, auf ein in den Westsektoren eröffnetes Bankkonto zu überweisen.

Der württembergisch-badische Kultusminister Dr. Beyerle erklärte auf der Schlußsitzung des Kongresses für bessere menschliche Beziehungen in München, die Besatzungsmächte hätten eine Reihe von Fehlern begangen, welche die demokratische Erziehung des deutschen Volkes verzögerten. In Namen des deutschen Volkes seien in In- und Ausland große Verbrechen begangen worden. Es sei die Schuld der Deutschen, daß sie diesen Verbrechen nicht entschieden genug entgegen getreten seien. Die als Söhne dem deutschen Volk auferlegte Methode der Entnazifizierung sei aber nicht nur falsch, sondern sogar ein nationales Unglück. Die Entnazifizierung sei ein mißglückter Versuch, dem deutschen Volk klarzumachen, was Gerechtigkeit sei.

In Württemberg-Baden ist als dem ersten Land in der amerikanischen Zone das Lizenzierungssystem der Will Reg. für Druckerzeugnisse aufgehoben worden. Es ist nun jeder Person erlaubt, Zeitungen, Bücher und Broschüren zu veröffentlichen. Den Verlegern ist jedoch auch weiterhin die Propagierung nationalsozialistischer Ideen und die Veröffentlichung von Druckmitteln untersagt, die Feindseligkeiten und Mißtrauen hervorrufen oder die militärische Sicherheit der Besatzungsmacht gefährden können.

Franz BLÜCHER hat an Dr. Pünder ein Telegramm gesandt, in dem er ihn bittet, sich dafür einzusetzen, daß die Gelsenberg-Benzin AG und die Fa. Scholven, die beide Fabriken zur Herstellung von synthetischem Benzin sind, nicht abgebaut werden. Er empfahl Dr. Pünder, sein Telegramm an die zuständige britische Stelle weiterzuleiten.

In Südwürttemberg-Hohenzollern ist das Notopfer Berlin aufgehoben worden.

Die Außenminister setzten heute ihre Beratungen fort. Mittags trafen sich die drei westl. Außenminister zu einer Privatunterredung. Es wurde beschlossen vorzuschlagen, die nächsten Beratungen geheim zu führen. Besonders Bevin setzte sich dafür ein, weitere Tagungen ohne Teilnahme der Öffentlichkeit stattfinden zu lassen. Auch gestern hatte Tyschinski erklärt, er könne sich nicht dem westlichen Standpunkt über die politische Einheit Deutschlands anschließen. Man beschloß daher, zum zweiten Punkt der Tagesordnung, dem Berliner Problem und der Wahrungsfrage, überzugehen.

Pol. Kreise sind überzeugt, daß eine wirtschaftliche Einigung des Maximum wäre, das erreicht werden könnte.

Sender Stuttgart vom 2. Juni 1949

Die Kohlenförderung im Ruhrgebiet hat einen neuen Höchststand erreicht, und zwar wurden im Mai durchschnittlich 335'000 t täglich gefördert. Damit hat sich der Tagesdurchschnitt um 6 1/2 tausend Tonnen erhöht. Walter FISCH erklärte dieser Tage: "Wir werden jeden zur Rechenschaft schuldig machen! Reimann sei nur verhaftet worden, damit die Wehrheit mundtot gemacht würde."

SECRET

~~SECRET~~

No. 24

## Auszüge aus Radiofunkberichten

Sender Stuttgart vom 31. Mai 1949

Wyschinski hat heute die Vorschläge der Westmächte für die politische und wirtschaftliche Zukunft Deutschlands erneut abgelehnt. Er sagte, das Besatzungsstatut sei zeitlich nicht befristet. In dem Statut sei vorgesehen, daß in Deutschland eine lange Besatzung verbleibe. Weiter erklärte er, die Einheit Deutschlands könne nicht nach dem Muster des Grundgesetzes hergestellt werden. Er verlangte ferner, daß eine Delegation des sogenannten Volksrats ihre Ansichten über Deutschland vorbringen könne. Diese Forderung wurde von den drei Westmächten energisch zurückgewiesen. Schmack erklärte, er glaube auf keinen Fall, daß die 2000 Delegierten des deutschen Volkskongresses in irgend einer Weise das deutsche Volk oder auch nur die Bevölkerung der Ostzone repräsentierten. Der Volkskongress sei eine russische "Kommunisten-Organisation", die nicht weiß, irgende etwas zu sagen, was nichts von der SU vorher gehörte.

Die sowjetisch kontrollierte Reichsbahndirektion Berlin hat angeordnet, daß vom 1. Juni an Päckchen für die Westberliner S-Bahnsträcken nur gegen Westmark verkauft werden. Kreikebecker hat die Verhandlungen mit Oberbürgermeister Reuter über den Streik abgesagt. Das Vermittlungsangebot hauptsächlich schon deshalb gegenstandslos, weil die Eisenbahndirektion mehrfach vergeblich den Berliner Regierungsversuch ersucht habe, den in den Westsektoren Berlins wohnenden Eisenbahnmännern 60 % der Lohnzulagen in Westmark umzutauschen.

Der württemberg-badische Landtag beschäftigte sich mit der Frage der Zugehörigkeit von Beamten zum Parlament. Präsident KELL teilte mit, daß für das Land Württemberg-Baden ein neuer Gesetzentwurf ausgearbeitet werden müsse. Dr. HAYERE gab eine Regierungserklärung ab, in der es heißt, den Gesetzen zufolge würden sich die Beamten Abgeordneten lediglich aus Gründen der Disziplin zu entscheiden haben, ob sie ihr Amt oder ihr Abgeordnetenmandat beibehalten wollten. Für diese Entscheidung müsse ihnen eine angemessene Zeit gelassen werden. Daher könne ein automatisches Abstimmen der Mitgliedschaft eines Beamten nicht bejaht werden. Dazu kommt, daß der umstrittene Artikel des Landesbeamten Gesetzes mit der Landesverfassung nicht vereinbar sei und im Widerspruch zu anderen Verfassungsartikeln stehe. Der Entwurf des Innensenministeriums für das neue Landes-Wahlgesetz sieht eine Beschränkung der Wahlberechtigung der Beamten vor. Die Regierung wollte aber mit der Regelung der Angelegenheit warten, bis der genaue Inhalt des Bundeswahlgesetzes feststehe. Der Sprecher der CDU, VIEDELLER, sagte, daß ein Gesetz die früher regeln müsse. Die SPD lehnte durch Leibbrand die Regierungserklärung ab. Dr. KESSLER, DVP, betonte, daß mit der Regierungserklärung die Frage noch nicht gelöst werde. Sie will, daß der amerikanischen und der britischen Zone besprochenen heute mit den Min. Präs. der Donauzonen die alliierten Änderungswünsche zum Wahlgesetz, die Min. Präs. KOPF anschließend mitteilte, würde in der Unterredung klarstellen, daß die Min. Präs. lediglich für die Festsetzung des Wahltermes, die Einberufung des Bundesrates und die Bestellung eines Wahlkommissars zuständig sind. Eine Änderung des Wahlgesetzes, wie sie vor allem für das Wahlsystem, die Zahl der Abgeordneten und die Verteilung der Kandidaten auf die einzelnen Länder gefordert wird, ist eine Angelegenheit des Parl. Rätes. STOCK erklärte, die Min. Präs. würden sich voraussichtlich nicht mit der von den Alliierten gewünschten Änderung der Bestimmung über Wahlscheine einverstanden erklären. Die Gouverneure hätten gefordert, die Ausgabe der Wahlscheine nur auf Acht-Stunden der Sonnenschiffahrt zu beschränken. Die Verwirklichung dieser Bestimmung würde den Prozentsatz der Wahlbeteiligung erheblich herabsetzen, da dann nicht nur zahlreiche Geschäftsmänner von der Wahl ausgeschlossen wären, sondern auch viele Urlaubsreisende, die gerade im Hochsommer besonders zahlreich seien. Im übrigen sei es wegen der Brüderlichkeit gut, daß die Min. Präs. auch über Änderungen am Wahlgesetz zu beschließen hätten. Wie Tatsache, daß 11 Landtage sich dann erst einigend mit der Materie befassen müßten, würde die Wahl zum 1. Januar um Monate verzögern.

SECRET

SECRET  
3415149

No. 23

## Auszüge aus Rundfunkberichten

Sender Stuttgart vom 27. Mai 1949

Die Außenmin. werden vorwissentlich Wyschinski heute auffordern, seine Pläne für ein einheitliches Deutschland genau zu definieren. Es bestand auch gestern auf Wiedererrichtung des Kontrollrates. Im Verlauf der Sitzung entwarf er ein Bild über die Entwicklung in der Ostzone. Er sagte u.a., daß der Lebensstandard in der Ostzone besser sei als der in der Westzone. Seine Darlegungen wurden jedoch von den Westmächten mit Skepsis aufgenommen. - Bisher haben die Westmächte die sowjetischen Forderungen noch nicht eindeutig abweichen. Sie ließen jedoch durchblicken, daß auch sie einige Bedingungen stellen werden.

Der Güterverkehr zwischen den Westzonen und Berlin ist eingestellt worden. 35 Züge liegen auf der Strecke fest. Seit Dienstag sind nur 7 Züge in Berlin eingetroffen.

Anlässlich der Mitgliederversammlung der Deutsch-Belgisch-luxemburgischen Handelskammer gab Dr. PÜENDER einen Wirtschaftsbericht über die die westdeutsche Wirtschaftspolitik. Unter Bezugnahme auf die steigende Kohlenförderung erklärte er, bei Erreichen von 360 000 t tägl. werde die Bewirtschaftung von Kohle wesentlich gelockert oder aufgehoben werden. - Durch eine sinnvolle Zusammenfassung aller möglichen Finanzierungsquellen hoffe man, im Laufe des Statisjahrs 49/50 für Investitionszwecke 7,5 Mrd. DM flüssig machen zu können. - Auch die demnächst von der Kreeditanstalt für Wiederaufbau heranzuhomende steuerbegünstigte Anleihe werde Kapital für die wichtigsten Investitionsvorhaben, wie Wohnungsbau, Bergbau, Energiewirtschaft sammeln, wobei die verschiedenen Kreditsträger nach der Dringlichkeit der Kapitalinvestitionsvorhaben berücksichtigt würden. - Zur Frage des kontinuierlichen Absatzes der deutschen Produktion nach Beendigung des Nachholbedarfes erklärte Dr. Pünder, nur eine außerordentliche Steigerung der deutschen Exporte könne auf die Dauer eine Absatzkrise verhindern. Der Anteil der Rohstoffe am westdeutschen Export sei noch immer zu hoch. Letzter gingen noch 22,5 % der gesamten westdeutschen Kohle ins Ausland, wo die rechte unter Weltmarktpreis verkauft werden müsse. Diese Tatsache steht einer Ausweitung der Produktion, dem Aufbau der Industrieanlagen und einem Wohnungsbau in größerem Stil im Wege.

August HAUSSLEITER fordert freie und geheime Wahlen in allen deutschen Ländern unter Kontrolle der UN. Er setzt sich für die Wiederherstellung der Grenzen von 1937 ein. Die Grundsätze der Atlantik-Charta müssen für die ganze Menschheit gelten; sie für einzelne Völker außer Kraft zu setzen, gefährdet die Demokratie. Das Schicksal der deutschen Oder-Weisse-Grenze muß von seinen ehemaligen Bewohnern entschieden werden. Ein gerechter Friede ist Voraussetzung für die demokratische Weiterentwicklung in Europa.

Sender Stuttgart vom 28. Mai 1949

Die Besprechungen zwischen Vertretern des Frkt. Wirtschaftsrates und der DNK zwecks Wiederaufnahme des Interzonengeschäfts sind auf unbestimmte Zeit vertagt worden, da es den Frankfurtern an Verhandlungen fehlte. Die ostzonalen Vertreter haben sich bereit erklärt, die Besprechungen jederzeit wieder aufzunehmen.

Die Landesversammlung der CSU in Straubing hat heute an Stelle von Justizmin. Dr. Müller mit 296 gegen 151 Stimmen den von Präs. EHARD zum Landesvorsitzenden gewählt. EHARD sagte, er bringe ein großes persönliches Opfer, wenn er das Amt des Min. Präs. mit dem des Landesvorsitzenden verbinde. Das kann nur in einer Stärkung der Partei und ihrer Haltung als politisches Instrument liegen. Die Aufgabe sei unlösbar, wenn nicht endlich mit dem persönlichen Generalkander in der Partei aufgehört werde. Keine Richtschnur in der Politik sei und bleibe: Nicht Bayern von Deutschland, sondern Bayern in Deutschland und Deutschland nicht ohne Bayern.

Das neue Soforthilfegesetz soll sobald wie möglich in Kraft treten. Man hofft, dafür keinen großen Verwaltungsaufwand zu benötigen. Die Soforthilfe ist in erster Linie für Flüchtlinge, Notleidende und wahlungsgeschädigte vorgesehen.

SECRET

**SECRET**

Approved For Release 2002/01/04 : CIA-RDP83-00415R003100100005-0

25X1A  
5/6/49

No. 26

Presseberichte aus den westzonen

Neues Wirtschaftsprogramm. Der Wirtschaftspolitische Ausschuß der CDU hat ein neues Siebenjahr-Punkte-Wirtschaftsprogramm vorgelegt, das im wesentlichen folgende Thesen enthält:

Schaffung einer Zentralaufsicht für die Währung; keine Subventionspolitik; kein Preisamt; Erhöhung des Realeinkommens nur durch Preis senkung, da sonst eine internationale Wettbewerbsfähigkeit unmöglich ist; kein Zwangssparen, sondern Steuervergünstigungen zum Zwecke der Kapitalbildung; Steuerreform, verbunden mit größerer Sparsamkeit der öffentlichen Hand; und Neubau der deutschen Handelsflotte, da bisher rund 200 Millionen Dollar jährlich für die Benutzung fremder Schiffe ausgegeben worden sind.

Prof. ERHARD erklärte in einer Rede, das Prinzip der Wirtschaft sei dynamisch, während die Geschichte bewiesen habe, daß alle Versuche, die Wirtschaft durch Zwang in die Statik zu drängen, fehlgeschlagen wühten. Erhard warf den Kritikern vor, sie hätten als einzigen Ausweg aus den Schwierigkeiten immer nur die Vorteile der Planwirtschaft zu nennen gewußt, die bereits fröhlich versagt habe. Kein Mensch könne erwarten, daß nach einem fünfjährigen Zwangszustand in drei oder vier Jahren alle Schäden geheilt sein sollten.

Verschiedene Krisensymptome der gegenwärtigen Lage könnten, so schwerwiegender sie im einzelnen auch seien, durchaus als positiv für die kommende Entwicklung gewertet werden. So sei der gegenwärtige Geldmangel durchaus ein Zeichen der Konsolidierung, denn er zeige, daß das Gefühl für echtes und gesundes Geld wieder im Wechsel und daß dieses Geld auch tatsächlich gut sei. "Es fiele mir nicht schwer in acht Tagen alle Arbeitslosen von der Straße zu bringen. Aber der Preis dafür wären neue inflationistische Tendenzen. Damit würde wiederum eine wirtschaftliche Schwächung eintreten, die Preise würden anziehen und das Realeinkommen sinken".

Erhard lehnte die liberalistische Zyklustheorie, die einen periodischen Auf- und Abstieg der Wirtschaft in einem sieben- bis neunjährigen Zeitraum annimmt, ab. Um die Kapitalnot der deutschen Wirtschaft zu beheben, seien jährlich sieben bis acht Milliarden Mark an Investitionen erforderlich. Zur Zeit würden Mittel bereit gestellt, und zwar aus dem "Counter-Part-Fonds" sowie durch Anleihen wie jetzt zum Beispiel durch die Reichsbahnenleihe.

Allgem. Ztg. v. 1. Juni 1949

Deutsche Union. Vier Mitglieder der DU, und zwar Schlomm, Woschesch, Mathy und Feilong wurden mit sofortiger Wirkung vom Vorstand der DU ausgeschlossen. Es wird ihnen vorgeworfen, mit Vertretern der FDJ und des FDGB an der Gründung der Aktionsgemeinschaft für ein einiges Deutschland mitgewirkt zu haben. Damit mache die DU einen Beschuß wahr, der jedem Mitglied Verhandlungen mit offiziellen Ostzonenorganisationen verbietet.

Die Neue Ztg. vom 31. Mai 1949

Zur Erforschung des Nationalsozialismus. Kürzlich wurde in München eine Kuratoriumssitzung des "Deutschen Institut zur Erforschung des Nationalsozialismus" abgehalten. Das Institut hat als Ziel, die Öffentlichkeit über die Vorgeschichte und die Geschichte des Nationalsozialismus zu informieren und Vorbereitungen für eine wissenschaftliche Darstellung dieser Zeit zu treffen. Es ist eine Stiftung der Ministerpräsidenten der Länder der amerik. Bes. Zone und soll von den Ländern des Bundes getragen werden.

Allgem. Ztg. vom 1. Juni 1949

Die Gründung einer neuen Partei ist in Heidelberg beschlossen worden, in der ohne parteipolitische Bindung alle Flieger- und Währungs geschädigten, ausgewiesenen und Flüchtlinge sowie alle Kriegsgeschädigten zusammengefaßt werden sollen.

Allgem. Ztg. vom 31. Mai 1949

Die Deutsche Zentrumspartei hat jetzt ihre Tätigkeit auch in Rheinland-Pfalz aufgenommen.  
SAZ vom 31. Mai 1949

**SECRET**

~~SECRET~~

3115749

No. 105

## Auszüge aus Kundlunkberichten

Sender Leipzig vom 27. Mai 1949

Berlin: Gegen die Terrormaßnahmen der UGO wird in Protestkundgebungen Stellung genommen. So sinden die Eisenbahner von Leipzig, Zwickau, Dresden usw. Telegramme, in denen sie ihrer Empörung Ausdruck geben, daß das Volkseigentum mutwillig zerstört worden ist. Die heutige vierte Sitzung wurde nach vierstündiger Dauer beendet. Den Vorsitz führte Außenmin. Acheson. Auf der Tagesordnung stand wiederum die wirtschaftl. und pol. Einheit Deutschlands, zu der W. einnehmende Vorschläge gemacht hatte.

Korrespondenten einiger Berliner Zeitungen haben auf die von ihnen rechtzeitig gestellten Einreiseanträge zwecks Teilnahme an der Außenministerkonferenz noch keine Antwort erhalten. Es hat den Anschein, als ob die französische Regierung stillschweigend über die Anträge hinweggehen will, um dadurch der Pflicht entthoben zu sein, die Ablehnung begründen zu müssen. In Kreisen der Journalisten wird die Auffassung vertreten, daß einige Mächte nicht an einer objektiven Berichterstattung interessiert sind.

Zur gegenwärtigen politischen Situation nahm PESCHKE auf der Zonenfunktionärskonferenz der IG Metall Stellung. Er sagte, die Vorschläge Wyschinskis haben klar erkennen lassen, daß die SU bereit sei, alles zu tun, um die Einheit Deutschlands wieder herzustellen. Die 600 Delegierten richteten an alle Metallarbeiter die Auflorderung, die Einheit Deutschlands zum obersten Gesetz ihres Handelns zu machen. - Wyschinski habe in seinen Forderungen über die Wiederherstellung des Viermächtekontrollrates nichts vorgeschlagen, was unannehmbar sei. Es solle daher nicht schwer fallen, zu den alten Beschlüssen von Potsdam zurückzuführen. Wären wir Deutschen in Paris vertreten, würden wir nichts anderes fordern, als war er vorgeschlagen habe.

Sender Leipzig vom 28. Mai 1949

Berlin: Der Dritte Deutsche Volkskongress wird morgen zu seiner ersten Tagung zusammengetreten. Die Vorbereitungen dafür sind abgeschlossen. Unter den auswärtigen Delegierten befinden sich zahlreiche Teilnehmer aus Westdeutschland. Zum Thema Deutschland und die Außenministerkonferenz werden u.a. Pieck, Nuschke usw. Stellung nehmen. Auf der Tagesordnung steht ferner die Wahl einer Delegation, die Deutschland in Paris vertreten soll.

In der Zeitschrift "Deutschlands Stimme" wird die Bildung einer gesamtdeutschen Nationalen Front als die wichtigste Aufgabe des Volkskongresses bezeichnet. Ferner wird der Abschluß des Friedensvertrages, Anzug der Besatzungstruppen usw. gefordert, weil das die Voraussetzungen für eine friedliche Entwicklung in Deutschland ist. - In zahlreichen Städten Westdeutschlands sind auf Volksversammlungen Entschließungen angenommen worden, in denen die Ziele des Volkskongresses begrüßt wurden.

Die Tägliche Kundschau schreibt heute, die ersten Tage in Paris haben ergeben, daß es nur die SU ist, die bisher positive Vorschläge hervorgebracht hat. Die Westmächte begnüsten sich damit, das Wort "Einheit Deutschlands" ständig zu wiederholen, ohne einen konstruktiven Vorschlag zu machen. Ihre Gegenargumente wären so düftig, daß sie nur die Richtigkeit der Vorschläge der SU bestätigten. - Prof. BUDZISLAWSKI erklärte, das deutsche Volk könne den Vorschlägen Wyschinskis zustimmen, denn sie entsprächen seinen Interessen. Die KPD von Rheinland-Pfalz sandte an den Volkskongress eine Erklärung, in der es heißt, daß sich alle aufrichtigen Deutschen zur Nationalen Front sowie für Deutschlands Einheit und Frieden bekennen. Während sich westdeutsche Politiker zur Verreibung Deutschlands nergerissen haben, erhebt der Deutsche Volkskongress seine Stimme zur Entsendung einer deutschen Delegation nach Paris.

Sender Leipzig vom 29. Mai 1949

Heute wurde der Dritte dt. Volkskongress eröffnet. PIECK erklärte, Aufgabe des 3. Volkskongresses sei es, neue Mittel und Wege zu finden, um das Unglück der Spaltung Deutschlands zu verhindern. Die breite Kampfflinie der "Nationalen Front" müsse auch auf Westdeutschland ausgedehnt werden.

214 149

No. 146

## Auszüge aus Presseberichten

Verfassung der Ostzone. Die vom Dritten Volkskongress der Ostzone angenommene Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik besteht aus einer Präambel und drei Abschmitten mit insgesamt 144 Artikeln. Die Verfassung besagt, daß Deutschland eine unteilbare demokratische Republik ist, die sich auf den deutschen Ländern aufbaut. Ihre Hauptstadt ist Berlin. Ihre Farben sind Schwarz-Rot-Gold. Der zum Unterschied vom Bonner Grundgesetz stärker ausgeprägte zentralistische Charakter kommt dort zum Ausdruck, wo es heißt, daß alle wesentlichen Angelegenheiten von der Republik, alle anderen von den Ländern beschlossen werden. Die vom Volk ausgehende Staatsgewalt hat ihr höchstes Organ in der Volkskammer, die aus allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlen hervorhebt. Die Verfassung kennt keine Verteilung der Verfassungsgewalten in die Gesetzgebung, Executive und Rechtsprechung. Der Volkskammer zur Seite steht die Landeskammer. Beide Kammern wählen gemeinschaftlich den Präsidenten der Republik aus der stärksten Fraktion der Volkskammer. Der Präsident ist zugleich Regierungschef und amtiert vier Jahre.

In der Verfassung ist die in der Ostzone vorgenommene Enteignung von Kriegsverbrechern und nationalsozialistischen Aktivisten, die Verstaatlichung von Monopolen und Kartellen, die Sozialisierung der Bodenschätze und die Bodenreform verankert. Die Bürger der Deutschen Demokratischen Republik verlieren das aktive und passive Wahlrecht, wenn sie Propaganda gegen demokratische Einrichtungen und Organisationen, Mordhetze gegen demokratische Politiker und Kriegshelden oder militaristische Propaganda verbreiten. Im Moralen werden in der Verfassung die persönliche Freiheit, die Unverletzlichkeit der Wohnung und das Recht der freien Meinungsäußerung garantiert. Außerdem wird darauf hingewiesen, daß alle diese Rechte durch die geltenden Gesetze eingeschränkt werden können.

Das Sekretariat des Deutschen Volksrats in Berlin hat an die Pariser Außenministerkonferenz ein Telegramm gerichtet, in dem um Bekanntgabe des Termins zum Beginn einer Volkskongressdelegation durch den Außenministerrat gebeten wird. Gleichzeitig würden alle vier Besatzungsmächte Deutschlands um Erteilung der Ausreisegenehmigung für die Delegationsmitglieder gebeten.

Zu der Volksratssitzung in der Berliner Staatsoper erklärte ein Sprecher der SED, die Proklamation der Deutschen Demokratischen Republik durch den Vorsitzenden des Volksrats Pieck werde vorerst keine konkreten Maßnahmen, wie Wahlen oder eine Regierungsbildung nach sich ziehen. "Alle politischen Maßnahmen dieser Art werden zurückgestellt, bis in Paris eine Klärung erfolgt. Es wird nichts geschehen, was eine Verständigung behindern könnte." In der Staatsoper seien lediglich die Grundsätze für die Bildung einer Deutschen Demokratischen Republik proklamiert worden, die bei entsprechenden Ergebnissen der Pariser Außenministerkonferenz konkret angewendet werden sollten.  
Allianz. Ztg. vom 1. Juni 1949

Ostzonen-LDP. "Die LDP verlangt die restlose und sofortige Behebung der bei der Stimmenauswertung der Volkskongresswahlen festgestellten Unregelmäßigkeiten und die Strafverfolgung ihrer Urheber", heißt es in einer Resolution der Ostzonen-LDP. Nach einer längeren Besprechung verantwortlicher Parteifunktionäre bei der SMA in Dresden über diese Fragen erklärte der sächsische Justizmin. Dieckmann, die Resolution dürfe auf Befehl der SMA nicht angenommen werden. Die Mehrzahl der Mitglieder des Landesvorstandes der Partei stellte daraufhin fest, es habe keinen Zweck, die Blockpolitik fortzusetzen, und schlug eine Auflösung der LDP vor.  
Die Neue Ztg. vom 31. Mai 1949

Großberliner Finanzverwaltung unter neuer Leitung. Der neue Leiter der Finanzabt. des Groß-Berliner Magistrats, Martin SCHMIDT, erklärte anlässlich seiner Amtübernahme, daß die Eingliederung Berlins in den Volkswirtschaftsplan der Zone auch eine Änderung der Methoden und Arbeitsziele der Finanzabt. erfordere. Mit dem kommunal-egoistischen Denken der Vergangenheit müsse gebrochen werden. Er kündigte an, daß der Abschluß für das Haushaltsjahr 1948/49 bis spätestens zum 31. Juschus aufgestellt sein würde und gleich dem Zonenhaushalt einen Juschus aufweisen werde.  
Neues Deutschland vom 15. Mai 1949

Mi 17.9

No. 145

## Auszüge aus Presseberichten

Bildungs-Kollektive. In der Ostzone sind Bildungs-Kollektive entstanden, aus denen Arbeiter und Bauern in das Universitätsstudium gelangen sollen. In den Bildungskollektiven, die vor allem in Sachsen-Anhalt eröffnet worden sind, sollen die Bewerber für das Arbeiter- und Bauerstudium ein halbes Jahr wöchentlich acht bis zehn Stunden in Deutsch, Mathematik, Naturwissenschaften und Gegenwartskunde als Vorbereitung auf das Studium unv errichtet werden. Maßgebender Träger dieser Arbeit ist der Freie Deutsche Gewerkschaftsbund.

Neue Volks-Ztg. vom 27. Mai 1949

Volkskongress. Auf dem dritten Volkskongress hat Volksratspräsident NUSCHKE einen nationalen Staat gefordert und erklärt, es sei eine Zäumung, daß die Westmächte den Anschluß der Ostzonenländer an die Bundesrepublik Deutschland unter der Bonner Verfassung vorgeschlagen hätten. Die Nationale Front, die seit kurzem in der Ostzone propagiert werde, sei keine neue Firma, sie sei vielmehr die Zusammenfassung aller verantwortlichen Deutschen. Nuschke richtete ferner einen Appell an die amerikanische Regierung, in dem er die Abberufung des amerik. Stadtcommandanten in Berlin forderte. Nowley stelle eine ständige Bedrohung des Friedens dar. Er habe einen Kriegsfall provoziert wollen, der nur durch die Friedensbereitschaft der SU verhindert worden sei.

Professor KASTNER erklärte, die Ostzone lebe schlechter als die Westzone, sie habe aber auch keine skrupellosen Schulden gemacht. Die "Nein"-Stimmen bei der Volkskongresswahl seien Ausdruck der Empörung darüber, daß Deutschland vier Jahre nach Kriegsende noch keinen Frieden habe.

Am 2. Tag des Kongresses wurde gegen eine Stimme eine "Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik" angenommen. Der Volkskongress wählte ferner eine 22-köpfige Delegation, die nach Paris zur Konferenz der Außenminister entsandt werden soll. Unter den Mitgliedern der Delegation befindet sich auch der kürzlich verhaftete Vorsitzende der westdeutschen Kommunisten Reimann.

Der Kongress beschloß dann eine Denkschrift, die dem Außenministerrat vorgelegt werden soll. Die Außenminister werden darin aufgefordert, einen Friedensvertrag für Deutschland auf der Basis der Abkommen von Jalta und Potsdam zu entwerfen. Die Einheit ganz Deutschlands in Verwaltung und Wirtschaft soll hergestellt und eine einheitliche Währung eingeführt werden. Alle wirtschaftlichen und verkehrstechnischen Einschränkungen zwischen Westdeutschland und der Ostzone sollen aufgehoben werden. Der Außenministerrat soll ferner die Bildung einer vorläufigen deutschen Zentralregierung aus Vertretern aller demokratischen Parteien und Organisationen einzurichten genehmigen und eine Friedenskonferenz einzuberufen, an der auch eine vorläufige deutsche demokratische Regierung teilnehmen soll.

Allgem. Ztg. vom 31. Mai 1949

Taktischer Rückzug. Major PATENT von der SMA erklärte dieser Tage in Berlin, das kommunistische Ziel sei unveränderlich die Weltrevolution. Lediglich die taktischen Mittel zur Errichtung der Weltrevolution würden gewechselt. Zur bolschewistischen Taktik gehören auch manchmal der organisierte Rückzug. Die Bolschewisten griffen auf diese Taktik in Zeiten des Niederganges der revolutionären Möglichkeiten zurück. "Nach diesem gleichen Prinzip muß jetzt auch in Deutschland gehandelt werden, um wie in der deutschen Bourgeoisie herrschenden Interessen zu Unsten der Weltrevolution zu benutzen. Die Wahl des für den entscheidenden Schlag günstigen Augenblicks ist von auschlaggebender Bedeutung. Deshalb müssen die Kommunisten Geduld haben, denn ein Rückzug bedeutet nicht eine Niederlage, sondern aktive Verteidigung."

Allgem. Ztg. v. 1. Juni 1949

Die volkseigenen Metallwerke Temnach bei Gotha haben die erste Maschine zur Vorfassung von Glühlampensockeln fertiggestellt. Die sogen. Clasvitrierung der Glühlampensockel wurde bisher nur in Westdeutschland betrieben. Vom 1. Mai an sollen in den Temnacher Metallwerken mtl. 200 000 Sockel hergestellt werden. Der Bau weiterer Maschinen wird vorbereitet.

Wirtschaftsrev. vom 27. Mai 1949

No. 144

## Auszüge aus Presseberichten

Spinnstoff-Erzeugung. Der Berliner Spinnstoffwirtschaft wurden durch die Blockadeaufhebung die Tore zum Westen wieder geöffnet. Mit der Spinnstoffwirtschaft Berlins verbindet sich die Vorstellung einer Bekleidungsindustrie von hohem Rang, während die Vorstufen nur schwach vertreten sind. Diese Bekleidungsindustrie hat durch Krieg und Blockade empfindlich gelitten. In Berlin dienten vor dem Krieg noch über 100 000 Männer und Frauen allein der Bekleidungswirtschaft. Die Damenoberbekleidungsindustrie der Hauptstadt umfaßte 80 bis 90 % der deutschen Kapazität. Dazu reihten sich die Herrenoberbekleidung, die Wäsche-, Wieder- und Krawattenindustrie; die Zutatenzweige der verschiedensten Art usw. - Die Berliner Konfektion bestritt in den letzten Vorkriegsjahren rund 40 % des Umsatzes der deutschen Bekleidungsindustrie. Ihr Hauptteil liegt im Ostsektor. Die Ostzone umfaßt darüber hinaus wichtigste Schwerpunkte der deutschen Textilindustrie. Bisher entbehrt die westdeutsche Spinnstoffwirtschaft vor allen die Lieferungen der sächsischen Textilmaschinenindustrie. In Westdeutschland fehlt bis auf bescheidene Anfänge die Industrie der Leinen Lammstrümme Chennitzer Art, eine ausreichende Kammwollindustrie, fast die gesamte Fabrikation von Stoßhandschuhen und die Stickerei-, Spitzen- und Cardinen-Industrie, wie sie im Vogtland beheimatet ist. Die Westzonen brauchen einen erheblichen Zuschuß an Apoldaer Wirk- und Strickwaren und an Greiz-Caraer Tuch- und Kleiderstoffen. Umgerechnet hat der Osten eine unzureichende Kunstseidenindustrie, vor allem fast keine Kupferkunstseide, eine im Gegenatz zur Baumwollspindelausrüstung viel zu geringfügige Wäscherei- und Kämmereikapazität, eine bescheidene Seidenwebereiindustrie, einen Mangel an Leinen- und Halbleinen-Werken, einen empfindlichen an Stoffdruckereien und schließlich einen Engpass in Chemikalien. Auch dies sind nur hervorstechende Beispiele; sie genügen jedoch, um die störenden, wenn nicht verhängnisvollen Wirkungen dieses Zonenwirrwarrs zu verdeutlichen, der keinen Ausgleich zwischen Mangel und Überfluß oder guter Ausstattung zuläßt.

Allgem. Zts. vom 27. Mai 1949

Binnen 2 Monaten sollen auf Anordnung der DMK alle industriellen Erzeugnisse der SBZ so gekennzeichnet werden, daß der Hersteller einwandfrei festgestellt werden kann. Die Kennzeichnung gilt als eindeutig, wenn sie die Firmenurzoezeichnung, ein eingetragenes Warenzeichen oder eine eingetragene Handelsnummer enthält. Die Herkunft von Waren aus volkseigenen Betrieben muß aus der Kennzeichnung hervorzehen. Die beim Groß- und Einzelhandel nachweisbar aus früheren Lieferungen vorhandenen Warenbestände können auch nach der Frist ohne Kennzeichen in den Verkehr gebracht werden. Ferner haben alle Hersteller und Verteiler industrielles Erzeugnisse in ihren Büchern, Rechnungen, Beleitpapieren usw. die sechsstelligen Nummern der Erzeugnisse nach dem allgemeinen Warenverzeichnis anzugeben.

Wirtschaftsrev. vom 27. Mai 1949

Die volkseigenen Chemischen Werke in Bad Doberan (Meckl.) sind die einzige Fabrik in Deutschland, die aus Tabakofällen chemisch reines Nikotin herstellt. Der Betrieb hat das Nikotin, das überwiegend zur Schädlingsbekämpfung im Wein- und Obstbau dient, in alle Länder der Welt verausgabt. Heute können Auslandsaufträge nur ausgeführt werden, wenn die notwendigen Rohstoffe, Tabakstaub oder Tabakaschall, zur Verfügung gestellt werden. Das in Doberan gewonnene Nikotin wird in der SBZ nur noch in Arzneimittelfabrikation verwendet. Zur Zeit werden im Tagesschnitt 10 t Tabakstaub verarbeitet, die je nach Art des Tabaks 30 bis 50 kg 96 %iges Nikotin ergeben.

Wirtschaftsrev. vom 27. Mai 1949

In der Berliner Zeitung fordert der ehemalige Oberst im Gen. Stab der Luftwaffe Walter LEINWEBS-LITTMANN die Offiziere der Wehrmacht auf, aus dem politischen Hintergrund hervorzutreten und sich in die Nationale Front einzureihen. Den aktiven Offizieren werfe man mit Kecht vor, mit ihrer befähigtem unpolitischen Haltung ein bequemes Werkzeug gewisser politischer Kräfte gewesen zu sein und deren Macht gestärkt zu haben. "Man kann uns jedoch nicht vorwerfen, daß wir nicht national empfunden hätten."

Rhein. Merkur vom 28. Mai 1949

4/6/49

No. 25 Presseberichte aus den Westzonen  
 =====

Überbehörde. Westdeutsche Politiker unter Führung von Dr. Adenauer planen eine sogenannte kleine Bundesregierung zu errichten, die als "Überbehörde", von den eigentlichen Ministerien getrennt werden soll. Diese Überbehörde, die etwas ganz Neues in der Geschichte des modernen Staatswesens auf der ganzen Welt wäre, könnte unabhängig von den Ministerien auch in einer anderen Stadt arbeiten und nur die eigentlichen Ministerialarbeiten erledigen. Die speziellen Arbeiten der Ministerien würden hiervon nicht berührt. Die jetzigen Zweizonenbehörden hätten keinesfalls als Wasserkopf zu gelten. Trotzdem müsse man erwägen, ob nicht in den künftigen Bundesministerien auf lange Sicht nach neuen Grundsätzen regiert werden sollte, da ja die zweizonenbehörden nur provisorisch geschaffen worden seien. Ende Juni trete der Wirtschaftsrat höchstwahrscheinlich zum letzten Male zusammen. Der 17. Juli könnte nach Ansicht Dr. Pünders zum Wahltag für den Bundestag bestimmt werden. In der zweiten Hälfte des Monats August sei dann mit dem ersten Zusammentreten der Bundesregierung zu rechnen.

Allgem. Ztg. vom 31. Mai 1949

Technische Messe. Die Technische Messe Hannover ist vorbei. Die Aussteller sind von ihrem Verlauf zufriedigt. Nach bisherigen Schätzungen sind für rund 90 Mill. DM Exportaufträge und für 60 Mill. Inlandaufträge erteilt worden. 2/3 der Aufträge sind von ausländischen Käufern erteilt worden. Als Hauptkäufer trat Holland für Fahrzeuge, Maschinen und Elektromaterial auf. Es folgen Indien und Ceylon mit großen Aufträgen für den Maschinenbau. Von den ausländischen Aufträgen fallen über 60 v.H. auf Kraftfahrzeuge und Zubehör, 17 v.H. auf den Maschinenbau und 15 v.H. auf die Elektroindustrie. Bei den Inlandaufträgen führt die Kraftfahrzeugindustrie vor der Elektroindustrie. Hinsichtlich der Erzeuerländer steht Württemberg-Baden bei den Exportabschlüssen mit 55 v.H. bei weitem an der Spitze.

Die Welt vom 31. Mai 1949

Interzonenhandel. Ein Sprecher der Zweizonenverwaltung für Wirtschaft gab die Gründe bekannt, die zum Scheitern der Interzonenhandelskonferenz führten. Die größte Schwierigkeit bildete die Einigung über die Währungsfrage. Die Vertreter der DVK hatten den westdeutschen Vorschlag, der auf eine Verrechnung in D-Mark über ein Konto bei der Bank deutscher Länder und auf eine Unterteilung der Lieferungen in "Vorbehaltsgüter" mit Genehmigungspflicht und "Ürige Waren" hinausließ, nicht angenommen. Die Verwaltung für Wirtschaft hatte die Gegenvorschläge der DVK auf Errichtung von zwei parallelen Konten mit Parität von Ost- und Westmark ebenfalls abgelehnt.

Süddt. Ztg. vom 31. Mai 1949

Deutsche Auslandsvertretungen. Mit der Ernennung von Dr. von MANGOLD zum ständigen Leiter des deutschen ERP-Büros in Paris ist faktisch die erste deutsche Nachkriegs-Auslandsvertretung geschaffen worden. Wie Dr. Pünder dazu erklärte, habe man Dr. von Mangold, der schon lange im Pariser ERP-Büro arbeitete, mit der Leitung der deutschen Angelegenheit am Sitz der europäischen Marshallplan-Organisation betraut, nachdem die Lösung der deutschen Probleme dort aus alliierten in deutsche Hände übergegangen sei. Künftig wird man bei Bedarf Sachverständige aus der Wirtschaft, der Wissenschaft und den deutschen Verwaltungen nach Paris delegieren.

SAZ vom 1. Juni 1949

Wahlen in Wolfsburg. Bei der Wahl zur Stadtvertretung in Wolfsburg hat die Deutsche Partei die meisten Stimmen erhalten, und zwar von 26 290 gültig abgegebenen Stimmen 12 619. Es folgt die SPD mit 7 300. Die Wahlbeteiligung betrug 70 %. Das Wahlergebnis macht deutlich, daß die Deutsche Partei die Wähler der Rechtspartei angezogen hat.

Allgem. Ztg. vom 31. Mai 1949

Grundgesetz. Dt. katholische Bischöfe üben scharfe Kritik am Grundgesetz. Sie erkennen hierin an, daß zwar einer Reihe von Einzelforderungen in vielfacher Weise entsprochen wurde, es bleibe aber mit einem schweren Fakel behaftet, weil das Elternrecht in seiner Anwendung auf die Schulziehung nicht ausdrücklich anerkannt wurde. Daher kann es nur als eine vorläufige Ordnung betrachtet werden, das einer schnellen Erwähnung bedarf. "Wir werken den Kampf um Gewissensfreiheit und volles Elternrecht". Approved For Release 2002/01/04 : CIA-RDP83-00415R003100100005-0  
 Die Zeit vom 28. Mai 1949

REF ID: A6549

3813140

No. 24

## Presseberichte aus den Westzonen

Ungenügende Versorgung. Der Vorstand der Körperbeschädigten, Sozialrentner und Hinterbliebene für das Land Hessen veranstaltete eine Protestkundgebung. Landesvorsitzender SAUER bezeichnete die Art der Behandlung der in Not geratenen Beschädigten als besondere Tragik und wandte sich um Hilfeleistung an das Ausland. Er stellte die Frage, wo Humanität und Demokratie blieben, wenn Tausende der Verelendung preisgegeben würden durch ein Körperbeschädigten-Leistungsgesetz, das jeder sozialen Gerechtigkeit Nohn spreche. Für das Gesetz wachte er die Lethargie der Alliierten und den mangelnden Mut der deutschen Politiker, sich verantwortungsbewusst einzusetzen, verantwortlich. Bis zur Schaffung eines neuen Gesetzes verlangte der Redner Anpassung der Renten an das veränderte Preis- und Lohngefüge. Der Bundesregierung sollte es nur überlassen, umgehend ein neues Versorgungsrecht zu schaffen. Arbeitsminister ARNDTEN warnte anschließend vor einem weiteren Aufschub des Leistungsgesetzes, da dann die Flüchtlinge, Vertriebenen und Kriegsbeschädigten zu einer radikalen Politik greifen könnten.

Allgem. Ztg. vom 30. Mai 1949

Deutsche Union. Der Vorstand der Deutschen Union hat in einer Erklärung zu dem Beginn eines "neuen Abschnitts der politischen Entwicklung in Deutschland" Stellung genommen und die Durchführung freier und rechter Wahlrechte sowie die Zulassung aller demokratischen Parteien in ganz Deutschland gefordert. Weder der Bonner Bundestag noch der Volksrat der Ostzone erfüllen, so heißt es in der Erklärung, die Hoffnungen des Volkes, das weder von einem Weststaat noch von der östlichen "Volksdemokratie" etwas wissen wolle.

Stidt. Ztg. vom 28. Mai 1949

Proteste gegen Max Reimanns Verhaftung. Der KPD-Parteivorstand erhob scharfsten Protest gegen die Verhaftung R. Die KPD erblickt in diesem "Willkürakt" den Versuch, die "ständig wachsende Bewegung für ein einiges und unabhängiges Deutschland" zu schwächen und die KPD im kommenden Wahlkampf zu behindern. Die Einkerkierung R. ist nach Ansicht der KPD unter Bruch seiner parlamentarischen Immunität erfolgt, da der Parlamentarische Rat noch nicht aufgelöst worden sei.

SAZ vom 31. Mai 1949

Senkung des Diskontsatzes um 0,5 v.H. Der Zentralbankrat der Bank Deutscher Länder beschloß, die Diskontsätze mit Wirkung vom 27. Mai um 1/2 v.H. herabzusetzen. Zur weiteren Lockerung auf dem Markt der kurzfristigen Kredite werden die Mindestreserven, die die Geldinstitute bei den Landeszentralbanken zu unterhalten haben, soweit sie sich nach den Sichteinlagen der Kundschaft berechnen, gesenkt, und zwar für Geldinstitute an Bankplätzen von 15 v.H. auf 12 v.H. und für Geldinstitute an Nichtbankplätzen von 10 v.H. auf 9 v.H. Sutheten auf den sogenannten Anlagekonten gelten als Sichteinlagen. Diese Beschlüsse treten am 1. Juni 1949 in Kraft.  
Die Zeit vom 28. Mai 1949

Auf einer Großkundgebung der CDU in Stuttgart hat sich Dr. ADENAUER u.a. gegen die wieder aufgenommenen Demontagen gewandt. Die von den Reparationslisten abgesetzten Betriebe stellten kapazitätsmäßig nur etwa 10 % des Gesamtwertes dar. Eine Steigerung des für Westdeutschland notwendigen Exports sei unmöglich, wenn die neuangeordnete unsinnige Demontage ausgeführt würde. Das neuerrichtete Sicherheitsamt für die Westzonen, das den Frieden garantieren solle und in Nordrhein-Westfalen bereits tätig sei, scheine sich zu einer Konkurrenz-Spionage tödlicher Sorte zu entwickeln. Die neue Bundesregierung werde sich gegen diese Industrie-Spionage, die ausdrücklich der Konkurrenz-Angriff entspinne, wehren müssen.

Allgem. Ztg. v. 30. Mai 1949

Der Landesvorsitzende der Württembergisch-badischen DVP, Dr. HAUSMANN, forderte die alsoalldige Landtagsauflösung und Neuwahl des Landtages. Dieser sei einer Auflösung durch Volksbegehren und Volksabstimmung vorzuziehen. Der gegenwärtige unklare Zustand sei des Landtages unzureichend und würde auch von einzelnen Beamten-Abgeordneten so empfunden und bezeichnet. Dr. Reinhold MAIER hatte zur Frage der weiteren aktiven politischen Mitwirkung der Beamten-Abgeordneten im Landtag die Landtagsauflösung als Option bezeichnet, während Landtagspräsident Wilhelm KÜHL die Möglichkeit einer Gewaltentfernung der Abgeordneten überaupt in Frage stellt.

SAZ vom 31. Mai 1949

cfm

216/49

No. 25

## Auszüge aus Kundfunkberichten

Sender Stuttgart vom 1. Juni 1949

REUTER erklärte gestern, er werde trotz der ablehnenden Haltung auch weiterhin bereit sein, zwischen den Streikenden und der Eisenbahndirektion zu vermitteln. Er äußerte sich optimistisch über eine baldige Beendigung des Eisenbahnstreiks.

Wie die UGO mitteilte, werden die streikenden Eisenbahner morgen eine Urabstimmung über das Angebot der Reichsbahndirektion vornehmen, sechzig Prozent der Bezieher im Westmark auszuzeichnen. Die ursprüngliche Absicht der UGO, den Interzonenverkehr auch ohne die Zustimmung der Reichsbahn wieder in Gang zu bringen, wurde vorläufig zurückgestellt. Die westlichen Militärregierungen haben einen besonderen Ausschuss für die Währungskontrolle im den Westsektoren eingesetzt. Der Kontrollausschuss hat seine Arbeit bereits aufgenommen. Wohnungsinhaber haben von jetzt an ihre Mieten ur Haushalter, die im Ostsektor oder in der Ostzone wohnen, auf ein in den Westsektoren eröffnetes Bankkonto zu überweisen.

Der württembergisch-badische Kultusminister Dr. Beyerle erklärte auf der Schlussitzung des Kongresses für bessere menschliche Beziehungen in München, die Besatzungsmächte hätten eine Reihe von Fehlern begangen, welche die demokratische Erziehung des deutschen Volkes verzögerten. In Namen des deutschen Volkes seien in In- und Ausland große Verbrechen begangen worden. Es sei die Schuld der Deutschen, daß sie diesen Verbrechen nicht entschieden genug entgegen getreten seien. Die als Söhne dem deutschen Volk auferlegte Methode der Entnazifizierung sei aber nicht nur falsch, sondern sogar ein nationales Unglück. Die Entnazifizierung sei ein mißglückter Versuch, dem deutschen Volk klarzumachen, was Gerechtigkeit sei.

In Württemberg-Baden ist als dem ersten Land in der amerikanischen Zone das Lizenzierungssystem der Mil. Reg. für Druckerzeugnisse aufgehoben worden. Es ist nun jeder Person erlaubt, Zeitungen, Bilder und Broschüren zu veröffentlichen. Bei Verlegern ist jedoch auch weiterhin die Propagierung nationalsozialistischer Ideen und die Veröffentlichung von Druckmitteln untersagt, die Feindseligkeiten und Mißtrauen hervorrufen oder die militärische Sicherheit der Besatzungsmacht gefährden können.

Franz BLÜCHER hat an Dr. Pündler ein Telegramm gesandt, in dem er ihn bittet, sich dafür einzusetzen, daß die Gelsenberg-Benzin AG und die Fa. Scholven, die beide Fabriken zur Herstellung von synthetischem Benzin sind, nicht abgebaut werden. Er empfahl Dr. Pündler, sein Telegramm an die zuständige britische Stelle weiterzuleiten. In Südwürttemberg-Hohenzollern ist das Notopfer Berlin aufgehoben worden.

Die Außenminister setzten heute ihre Beratungen fort. Mittags trafen sich die drei westl. Außenminister zu einer Privatunterredung. Es wurde beschlossen vorzuschlagen, die nächsten Beratungen geheim zu führen. Besonders Bevin setzte sich dafür ein, weitere Tagungen ohne Teilnahme der Öffentlichkeit stattfinden zu lassen. Auch gestern hatte Wyschinski erklärt, er könne sich nicht dem westlichen Standpunkt über die politische Einheit Deutschlands anschließen. Man beschloß daher, zum zweiten Punkt der Tagesordnung, dem Berliner Problem und der Währungsfrage, überzugehen.

Pol. Kreise sind überzeugt, daß eine wirtschaftliche Einigung des Maximum wäre, das erreicht werden könnte.

Sender Stuttgart vom 2. Juni 1949

Die Kohlenförderung im Ruhrgebiet hat einen neuen Höchststand erreicht, und zwar wurden im Mai durchschnittlich 335 000 t täglich gefördert. Damit hat sich der Tagesdurchschnitt um 6 1/2 tausend Tonnen erhöht. Walter FISCHI erklärte dieser Tage: "Wir werden jeden zur hechenschaft schuldig machen! Reimann sei nur verhaftet worden, damit die Wehrheit mundtot gemacht würde."

No. 24

## Auszüge aus dem Aufklärungsbericht

Sender Stuttgart vom 31. Mai 1949

Wyschinski hat heute die Vorstellung der Westmächte für die politische und wirtschaftliche Zukunft Deutschlands erneut abgelehnt. Er sagte, das Besatzungsstatut sei zunächst nicht befristet. In dem Statut sei vorgesehen, daß in Deutschland eine lange Besatzung verbleibe. Weiter erklärte er, die Einheit Deutschlands könne nicht nach dem Muster des Grundgesetzes hergestellt werden. Er verlangte ferner, daß eine Delegation des sogenannten Volksrates ihre Ansichten über Deutschland vorbringen könne. Diese wurden wiederum von den drei Westmächten abgelehnt. Wyschinski erklärte, er glaube auf keinen Fall, daß die 2000 Delegierten des sogenannten Volkskongresses in irgend einer Weise das deutsche Volk oder auch nur die Bevölkerung der Ostzone repräsentierten. Der Volkskongress sei eine russische "Parteien-Organisation", die nicht wäre, irred etwas zu sagen, was nicht von der SU vorher genehmigt sei.

Die sowjetisch kontrollierte Eisenbahndirektion Berlin hat angeordnet, daß vom 1. Juni an Fahrkarten für die westberliner S-Bahnstrecken nur gegen Westmark verkauft werden. Krauknayev hat die Verhandlungen mit Oberbürgermeister Reuter über den Streik abgesetzt. Das Vermittlungsangebot lautete sei schon deshalb gegenständlos, weil die Eisenbahndirektion befürchtet verdecklich den Berliner Regierungsatz ersucht habe, den in den Westsektoren Berlins wohnenden Eisenbahnmännern 60 % der Lohnzulagen in Westmark umzuteauschen.

Der Württemberg-badische Landtag beschäftigte sich mit der Frage der Zugehörigkeit von Beamten zum Parlament. Präsident KEIL teilte mit, daß für das Land Württemberg-Baden ein neuer Gesetzentwurf ausgearbeitet werden müsse. Dr. KIEHL gab eine Regierungserklärung ab, in der es heißt, den Gesetzten zufolge würden sich die Beamten-Landtagsabgeordneten lediglich aus Gründen der Tätigkeit zu entscheiden haben, ob sie ihr Amt oder ihr Abgeordnetenmandat beibehalten wollten. Für diese Entscheidung müsse ihnen eine angemessene Zeit gelassen werden. Daher könne ein automatisches Erbrechen der Mitgliedschaft eines Beamten nicht bejaht werden. Dazu kommt, daß der umstrittene Artikel des Landesbeamtenesetzes mit der Landesverfassung nicht vereinbar sei und im Widerspruch zu anderen Verfassungsartikeln stehe. Der Entwurf des Innensenministeriums für das neue Landes-Wahlgesetz sei eine Beschränkung der Wahlbarkeit der Beamten vor. Die Regierung wolle aber mit der Regelung der Angelegenheit warten, bis der genaue Inhalt des Bundeswahlgesetzes feststehe. Der Sprecher der CDU, WIEDENHOPF, sagte, daß ein Gesetz die Frage regeln müsse. Die KPD lehnte durch Leibbrand die Reg. Erklärung ab. Dr. KESSLER, DVP, betonte, daß mit der Regierungserklärung die Frage noch nicht gelöst werde. Sie will, "ouf", der amerikanischen und der britischen Zone besprochen heute mit den Win. Präs. der Doppelzone die alliierten Abänderungswünsche zum Wahlgesetz. Die Win. Präs. KOPP anschließend mitteilte, wurde in der Unterredung klar gestellt, daß die Win. Präs. lediglich für die Festsetzung des Wahltermins, die Einberufung des Bundestages und die Bestallung eines Reichskommissars zuständig sind. Eine Abänderung des Wahlgesetzes, wie sie vor allem der das Wahlsystem, die Zahl der Abgeordneten und die Verteilung der Kandidaten auf die einzelnen Länder gefordert wird, ist eine Angelegenheit des Parl. Rates. STOCK erklärte, die Win. Präs. wiederum sich voraussichtlich nicht mit der von den alliierten Gewissensberaterung der Feststellung über Wahlsotheine einverstanden erklären. Wie Gouverneure hätten gefordert, die Ausgabe der Wahlsotheine nur auf andre Städte der Schiffahrt zu beschränken. Die Verwirklichung dieser Feststellung würde den Prozentsatz der Wahlbeteiligung erheblich herabsetzen, da dann nicht nur zahlreiche Geschäftsmänner von der Wahl ausgeschlossen wären, sondern auch viele Urlaubsreisende, die gerade im Hochsommer besonders zahlreich seien. Im Übrigen sei es wegen der Dringlichkeit gut, daß die Win. Präs. nach Über Abänderungen am Wahlgesetz zu beschließen hatten. Die Tatsache, daß 11 Landtage sich ganz erst einzeln mit der Materie befassen müßten, würde die Wahl zum 1. Bundestag um Monate verzögern.

~~SECRET~~

3415149

No. 23

## Auszüge aus Rundschreibenberichten

Sender Stuttgart vom 27. Mai 1949

Die Außenmin. werden vorwissenschaftlich Wyschinski heute auftfordern, seine Pläne für ein einkönigliches Deutschland genau zu definieren. Es bestand auch gestern auf Weiterrichtung des Kontrollrates. Im Verlauf der Sitzung entwarf er eine Karte über die Entwicklung in der Ostzone. Er sagte u.s., daß der Lebensstandard in der Ostzone besser sei als der in der Westzone. Seine Darlegungen wurden jedoch von den Westmächten mit Skepsis aufgenommen. - Bisher haben die westmächtigen die sowjetischen Forderungen noch nicht eindeutig abgeschlagn. Sie ließen jedoch durchblicken, daß auch sie einige Bedingungen stellen werden.

Der Güterverkehr zwischen den Westzonen und Berlin ist eingestellt worden. 35 Züge liegen auf der Strecke fest. Seit Dienstag sind nur 7 Züge in Berlin eingetroffen.

Anlässlich der Mitgliederversammlung der Deutsch-Belgisch-Luxemburgischen Handelskammer gab Dr. PLEINER einen Rechenschaftsbericht über die die westdeutsche Wirtschaftspolitik. Unter Bezugnahme auf die steigende Kohlenförderung erklärte er, bei Erreichen von 260 000 t täglich werde die Bewirtschaftung von Kohle wesentlich gelockert oder aufgehoben werden. - Durch eine sinnvolle Zusammenfassung aller möglichen Finanzierungsquellen sollte man, in Laufe des Staatsjahrs 49/50 für Investitionszwecke 7,5 Mrd. DM flüssig machen zu können. - Auch die demnächst von der Kreideinselwall für Wiederaufbau herzukommende steuerbefreiste Kreditleihe werde Kapital für die wichtigsten Investitionsvorhaben, wie Wohnungsbau, Bergbau, Energiewirtschaft sammeln, wobei die verschiedenen Betriebsgrößen nach der Möglichkeit für Kapitalinvestitionsvorhaben berücksichtigt würden. - Zur Frage des kontinuierlichen Absatzes der deutschen Produktion nach Befriedigung des Nachholbedarfes erklärte Dr. Pleiner, nur eine außerordentliche Steigerung der deutschen Förderung könne auf die Dauer eine Auswirkung verhindern. Der Anteil der Rohstoffe am westdeutschen Export sei noch immer zu hoch. Leider gingen noch 22,5 % der gesamten westdeutschen Kohle ins Ausland, wo die Kohle unter Weltmarktpreis verkauft werden müsse. Diese Tatsache steht einer Erweiterung der Produktion, dem Aufbau der Industrieanlagen und einem Wohnungsbau in größerem Stil im Wege.

August HAÜSSLER fordert freie und geheime Wahlen in allen deutschen Ländern unter Kontrolle der UN. Erbaut sich für die Wiederaueraffstellung der Grenzen von 1937 ein. Die Prinzipien der Atlantik-Charta müssen für die ganze Menschheit gelten; sie für einzelne Völker außer Kraft zu setzen, gefährdet die Demokratie. Das Schicksal des deutschen Oder-Weisse-Grenze muß von seinen ehemaligen Bewohnern entschieden werden. Ein gerechter Friede ist Voraussetzung für die demokratische Weiterentwicklung in Europa.

Sender Stuttgart vom 28. Mai 1949

Die Besprechungen zwischen Vertretern des FRKt. Wirtschaftsrates und der DWK zwecks Wiederaufnahme des Interzonengeschäfts sind auf unbestimmte Zeit vertagt worden, da es den Frankfurtern an Unterlagen fehlte. Die ostzonalen Vertreter haben sich bereit erklärt, die Besprechungen jederzeit wieder aufzunehmen.

Die Landesversammlung der CSU in Straubing hat heute an Stelle von Justizmin. Dr. Müller mit 176 gegen 151 Stimmen den v. Prof. ERHARD zum Landesvorsitzenden gewählt. ERHARD sagte, er bringe ein großes persönliches Opfer, wenn er das Amt des Min. Pfäs. mit dem des Landesvorsitzenden verbinde. Der Staat könne nur in einer Starkung der Partei und ihrer Haltung als politisches Instrument liegen. Die Aufgabe sei unlösbar, wenn nicht ein Link mit dem persönlichen Gegenkandidaten in der Partei aufgehört würde. Vom Richtschaar in der Politik sei und bleibt Nicht Bayern und Deutschland, sondern Bayern im Deutschen Land und Deutschland nicht ohne Bayern.

Das neue Soforthilfegesetz soll sobald wie möglich in Kraft treten. Man hofft, dafür keinen großen Verwaltungsapparat zu benötigen. Die Soforthilfe ist in erster Linie für Flüchtlinge, Notleidende und Nahrungsbeschädigte vorgesehen.

~~SECRET~~

5/6/49

No. 26

Presseerichte aus den Westzonen

=====

Neues Wirtschaftsprogramm. Der Wirtschaftspolitische Ausschuß der CDU hat ein neues Siebzehn-Punkte-Wirtschaftsprogramm vorgelegt, das im wesentlichen folgende Thesen enthält:

Schaffung einer Zentralaufsicht für die Währung; keine Subventionspolitik; kein Preisamt; Erhöhung des Realeinkommens nur durch Preis senkung, da sonst eine internationale Wettbewerbsfähigkeit unmöglich ist; kein Zwangssparen, sondern Steuervergünstigungen zum Zwecke der Kapitalsbildung; Steuerreform, verbunden mit größerer Sparsamkeit der öffentlichen Hand; und Neubau der deutschen Handelsflotte, da bisher rund 200 Millionen Dollar jährlich für die Benutzung fremder Schiffe ausgegeben worden sind.

Prof. ERHARD erklärte in einer Rede, das Prinzip der Wirtschaft sei dynamisch, während die Geschichte bewiesen habe, daß alle Versuche, die Wirtschaft durch Zwang in die Statik zu drängen, fehlschlagen müßten. Erhard warf den Kritikern vor, sie hätten als einzigen Ausweg aus den Schwierigkeiten immer nur die Vorteile der Planwirtschaft zu nennen gewußt, die bereits gründlich versagt habe. Kein Mensch könne erwarten, daß nach einem fünfjährigen Zwangszustand in drei oder vier Jahren alle Schäden geheilt sein sollten.

Verschiedene Krisensymptome der gegenwärtigen Lage könnten, so schwerwiesend sie im einzelnen auch seien, durchaus als positiv für die kommende Entwicklung gewertet werden. So sei der gegenwärtige Kreditmangel durchaus ein Zeichen der Konsolidierung, denn er zeige, daß das Gefühl für echtes und gesundes Geld wieder im Wechseln und daß dieses Geld auch tatsächlich gut sei. "Es fiele mir nicht schwer, in acht Tagen alle Arbeitslosen von der Straße zu bringen. Aber der Preis dafür wären neue inflationistische Tendenzen. Damit würde wiederum eine wirtschaftliche Schwächung eintreten, die Preise würden anziehen und das Realeinkommen sinken".

Erhard lehnte die liberalistische Zyklustheorie, die einen periodischen Auf- und Abstieg der Wirtschaft in einem sieben- bis neunjährigen Zeitraum annimmt, ab. Um die Kapitalnot der deutschen Wirtschaft zu beheben, seien jährlich sieben bis acht Milliarden Mark an Investitionen erforderlich. Zur Zeit würden Mittel bereit gestellt, und zwar aus dem "Counter-Part-Fonds" sowie durch Anleihen wie jetzt zum Beispiel durch die Reichsbahnanleihe.

Allgem. Ztg. v. 1. Juni 1949

Deutsche Union. Vier Mitglieder der DU, und zwar Schlomm, Woschesch, Matthy und Celeng wurden mit sofortiger Wirkung vom Vorstand der DU ausgeschlossen. Es wird ihnen vorgeworfen, mit Vertretern der FDJ und des FDGB an der Gründung der Aktionsgemeinschaft für ein einziges Deutschland mitgewirkt zu haben. Damit mache die DU einen Beschuß wahr, der jedem Mitglied Verhandlungen mit offiziellen Ostzonengesellschaften verbietet.

Die Neue Ztg. vom 31. Mai 1949

Zur Erforschung des Nationalsozialismus. Kürzlich wurde in München eine Kuratoriumssitzung des "Deutschen Institut zur Erforschung des Nationalsozialismus" abgehalten. Das Institut hat als Ziel, die Öffentlichkeit über die Vorgeschichte und die Geschichte des Nationalsozialismus zu informieren und Vorbereitungen für eine wissenschaftliche Darstellung dieser Zeit zu treffen. Es ist eine Stiftung der Ministerpräsidenten der Länder der amerik. Bes. Zone und soll von den Ländern des Bundes getragen werden.

Allgem. Ztg. vom 1. Juni 1949

Die Gründung einer neuen Partei ist in Heidelberg beschlossen worden, in der ohne parteipolitische Bindung alle Flieger- und Währungs geschädigten, ausgewiesenen und Flüchtlinge sowie alle Kriegsgeschädigten zusammengefaßt werden sollen.

Allgem. Ztg. vom 31. Mai 1949

Die Deutsche Zentrumspartei hat jetzt ihre Tätigkeit auch in Rheinland-Pfalz aufgenommen.

SAZ vom 31. Mai 1949

~~SECRET~~

**SECRET**

25X1A

Approved For Release 2002/01/04 : CIA-RDP83-00415R003100100005-0

31/5749

No. 105

Auszüge aus Rundfunkberichten

Sender Leipzig vom 27. Mai 1949

Berlin: Gegen die Terrormaßnahmen der UGO wird in Protestkundgebungen Stellung genommen. So sandten die Eisenbahner von Leipzig, Zwickau, Dresden usw. Telegramme, in denen sie ihrer Empörung Ausdruck geben, daß das Volkseigentum mutwillig zerstört worden ist. Die heutige vierte Sitzung wurde nach vierstündiger Dauer beendet. Den Vorsitz führte Außenmin. Ahezon. Auf der Tagesordnung stand wiederum die wirtschaftl. und pol. Einheit Deutschlands, zu der W. eingehende Vorschläge gemacht hatte.

Korrespondenten einiger Berliner Zeitungen haben auf die von ihnen rechtzeitig gestellten Einreiseanträge zwecks Teilnahme an der Außenministerkonferenz noch keine Antwort erhalten. Es hat den Anschein, als ob die französische Regierung stillschweigend über die Anträge hinweggehen will, um dadurch der Pflicht enthoben zu sein, die Ablehnung begründen zu müssen. In Kreisen der Journalisten wird die Auffassung vertreten, daß einige Fäkte nicht an einer objektiven Berichterstattung interessiert sind.

Zur gegenwärtigen politischen Situation nahm PESCHKE auf der Zonenfunktionärskonferenz der IG Metall Stellung. Er sagte, die Vorschläge Wyschinskis haben klar erkennen lassen, daß die SU bereit sei, alles zu tun, um die Einheit Deutschlands wieder herzustellen. Die 600 Delegierten richteten an alle Metallarbeiter die Auflorderung, die Einheit Deutschlands zum obersten Gesetz ihres Handelns zu machen. - Wyschinski habe in seinen Forderungen über die Wiederherstellung des Viermächtekontrollrates nichts vorgeschlagen, was unannehmbar sei. Es solle daher nicht schwer fallen, zu den alten Beschlüssen von Potsdam zurückzugehen. Wären wir Deutschen in Paris vertreten, würden wir nichts anderes fordern, als was er vorgeschlagen habe.

Sender Leipzig vom 28. Mai 1949

Berlin: Der Dritte Deutsche Volkskongress wird morgen zu seiner ersten Sitzung zusammentreten. Die Vorbereitungen dafür sind abgeschlossen. Unter den auswärtigen Delegierten befinden sich zahlreiche Teilnehmer aus Westdeutschland. Zum Thema Deutschland und die Außenministerkonferenz werden u.a. Pieck, Muschke usw. Stellung nehmen. Auf der Tagesordnung steht ferner die Wahl einer Delegation, die Deutschland in Paris vertreten soll.

In der Zeitschrift "Deutschlands Stimme" wird die Bildung einer gesamtdeutschen Nationalen Front als die wichtigste Aufgabe des Volkskongresses bezeichnet. Ferner wird der Abschluß des Friedensvertrages, Anzug der Besatzungsstruppen usw. gefordert, weil das die Voraussetzungen für eine friedliche Entwicklung in Deutschland ist. - In zahlreichen Städten Westdeutschlands sind auf Volksversammlungen Entschließungen angenommen worden, in denen die Ziele des Volkskongresses begrüßt wurden.

Die Tägliche Kundschafter schreibt heute, die ersten Tage in Paris haben ergeben, daß es nur die SU ist, die bisher positive Vorschläge vorgebracht hat. Die Westmächte begnügten sich damit, das Wort "Einheit Deutschlands" ständig zu wiederholen, ohne einen konstruktiven Vorschlag zu machen. Ihre Gegenargumente wären so düftig, daß sie nur die Richtigkeit der Vorschläge der SU bestätigten. - Prof. BUDZISLAWSKI erklärte, das deutsche Volk könne den Vorschlägen Wyschinskis zustimmen, denn sie entsprächen seinen Interessen.

Die KPD von Rheinland-Pfalz sandte an den Volkskongress eine Erklärung, in der es heißt, daß sich alle aufrichtigen Deutschen zur Nationalen Front sowie für Deutschlands Einheit und Frieden bekennen. Während sich westdeutsche Politiker zur Zerreibung Deutschlands nergegeben haben, erhebt der Deutsche Volkskongress seine Stimme zur Entsendung einer deutschen Delegation nach Paris.

Sender Leipzig vom 29. Mai 1949

Heute wurde der Dritte dt. Volkskongress eröffnet. PIECK erklärte, Aufgabe des 3. Volkskongresses sei es, neue Mittel und Wege zu finden, um das Unglück der Spaltung Deutschlands zu verhindern. Die breite Kampfflinie der "Nationalen Front" müsse auch auf Westdeutschland ausgedehnt werden.

**SECRET**

Approved For Release 2002/01/04 : CIA-RDP83-00415R003100100005-0

~~SECRET~~

214 140

No. 146

## Auszüge aus Presseberichten

Verfassung der Ostzone. Die vom Dritten Volkskongress der Ostzone angenommene Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik besteht aus einer Präambel und drei Abschäften mit insgesamt 144 Artikeln. Die Verfassung besagt, daß Deutschland eine unteilbare demokratische Republik ist, die sich auf den deutschen Ländern aufbaut. Ihre Hauptstadt ist Berlin. Ihre Farben sind Schwarz-Rot-Gold. Der zum Unterschied vom Bonner Grundgesetz stärker ausgeprägte zentralistische Charakter kommt dort zum Ausdruck, wo es heißt, daß alle wesentlichen Rechten von der Republik, alle anderen von den Ländern beschlossen werden. Die vom Volk ausgehende Staatsgewalt hat ihr höchstes Organ in der Volkskammer, die aus allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlen hervorgeht. Die Verfassung kennt keine Verteilung der Verfassungsgewalten in die Gesetzgebung, Executive und Rechtsprechung. Der Volkskammer zur Seite steht die Niederkammer. Beide Kammern wählen gemeinschaftlich den Präsidenten der Republik aus der stärksten Fraktion der Volkskammer. Der Präsident ist zugleich Regierungschef und amtiert vier Jahre.

In der Verfassung ist die in der Ostzone vorgenommene Enteignung von Kriegsverbrechern und nationalsozialistischen Aktivisten, die Verstaatlichung von Monopolen und Kartellen, die Sozialisierung der Bodenschätze und die Bodenreform verankert. Die Bürger der Deutschen Demokratischen Republik verlieren das aktive und passive Wahlrecht, wenn sie Propaganda gegen demokratische Einrichtungen und Organisationen, Mordhetze gegen demokratische Politiker und Kriegsgegner oder militaristische Propaganda ostreiben. Im Förmigen werden in der Verfassung die persönliche Freiheit, die Unverletzlichkeit der Wohnung und das Recht der freien Meinungsäußerung garantiert. Außerdem wird darauf hingewiesen, daß alle diese Rechte durch die geltenden Gesetze eingeschränkt werden können.

Das Sekretariat des Deutschen Volkerats in Berlin hat an die Pariser Außenministerkonferenz ein Telegramm gerichtet, in dem um Bekanntgabe des Termins zum Empfang einer Volkskongressdelegation durch den Außenministerrat gebeten wird. Gleichzeitig wurden alle vier Besatzungsmächte Deutschlands um Erteilung der Ausreisegenehmigung für die Delegationsmitglieder gebeten.

Zu der Volksratssitzung in der Berliner Staatsoper erklärte ein Sprecher der SED, die Proklamation der Deutschen Demokratischen Republik durch den Vorsitzenden des Volksrats Pieck werde vorerst keine konkreten Maßnahmen, wie Wahlen oder eine Regierungsbildung nach sich ziehen. "Alle politischen Maßnahmen dieser Art werden zurückgestellt, bis in Paris eine Aklärung erfolgt. Es wird nichts geschehen, was eine Verständigung behindern könnte." In der Staatsoper seien lediglich die Grundsätze für die Bildung einer Deutschen Demokratischen Republik proklamiert worden, die bei entsprechenden Ergebnissen der Pariser Außenministerkonferenz konkret angewendet werden sollten.  
Allgem. Ztg. vom 1. Juni 1949

Ostzonen-LDP. "Die LDP verlangt die restlose und sofortige Behebung der bei der Stimmenauswertung der Volkskongresswahlen festgestellten Unrechtmäßigkeiten und die Strafverfolgung ihrer Urheber", heißt es in einer Resolution der Ostzonen-LDP. Nach einer längeren Besprechung verantwortlicher Parteifunktionäre bei der SMA in Dresden über diese Fragen erklärte der sächsische Justizmin. Dieckmann, die Resolution dürfe auf Befehl der SMA nicht angenommen werden. Die Mehrzahl der Mitglieder des Landesvorstandes der Partei stellte daraufhin fest, es habe keinen Zweck, die Blockpolitik fortzusetzen, und schlug eine Auflösung der LDP vor.

Die Neue Ztg. vom 31. Mai 1949

Großberliner Finanzverwaltung unter neuer Leitung. Der neue Leiter der Finanzabt. des Groß-Berliner Registrats, Martin SCHMIDT, erklärte anlässlich seiner Amtübernahme, daß die Eingliederung Berlins in den Volkswirtschaftsplan der Zone auch eine Änderung der Methoden und Arbeitsziele der Finanzabt. erfordere. Mit dem kommunal-egoistischen Denken der Vergangenheit müsse gebrochen werden. Er kündigte an, daß der Abschluß für das Haushaltsjahr 1948/49 bis spätestens zum 31. Juschluß fertiggestellt sein würde und gleich dem Zonenhaushalt einen Über-Neues Deutschland vom 15. Mai 1949

~~SECRET~~

Mi 14.9.

No. 145

## Auszüge aus Presseberichten

Bildungs-Kollektive. In der Ostzone sind Bildungs-Kollektive entstanden, aus denen Arbeiter und Bauern in das Universitätsstudium gelangen sollen. In den Bildungskollektiven, die vor allen in Sachsen-Anhalt eröffnet worden sind, sollen die Bewerber für das Arbeiter- und Bauernstudium ein halbes Jahr wöchentlich acht bis zehn Stunden in Deutsch, Mathematik, Naturwissenschaften und Gegenwartskunde als Vorbereitung auf das Studium unterrichtet werden. Maßgebender Träger dieser Arbeit ist der Freie Deutsche Gewerkschaftsbund.

Neue Volks-Ztg. vom 27. Mai 1949

Volkskongreß. Auf dem dritten Volkskongreß hat Volksratspräsident NUSCHKE einen nationalen Staat gefordert und erklärt, es sei eine Zumutung, daß die Westmächte den Anschluß der Ostzonenländer an die Bundesrepublik Deutschland unter der Bonner Verfassung vorgeschlagen hätten. Die Nationale Front, die seit kurzem in der Ostzone propagiert werde, sei keine neue Firma, sie sei vielmehr die Zusammenfassung aller verantwortlichen Deutschen. Nuschke richtete ferner einen Appell an die amerikanische Regierung, in dem er die Abberufung des amerikanischen Stadtcommandanten in Berlin forderte. Howley stelle eine ständige Bedrohung des Friedens dar. Er habe einen Kriegerstaat provozieren wollen, der nur durch die Friedensbereitschaft der SU verhindert worden sei.

Professor KASTNER erklärte, die Ostzone lebe schlechter als die Westzone, sie habe aber auch keine skrupellosen Schulden gemacht. Die "Nein"-Stimmen bei der Volkskongreßwahl seien Ausdruck der Empörung darüber, daß Deutschland vier Jahre nach Kriegsende noch keinen Frieden habe.

Am 2. Tag des Kongresses wurde gegen eine Stimme eine "Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik" angenommen. Der Volkskongreß wählte ferner eine 22-köpfige Delegation, die nach Paris zur Konferenz der Außenminister entsandt werden soll. Unter den Mitgliedern der Delegation befindet sich auch der kürzlich verhaftete Vorsitzende der westdeutschen Kommunisten Reimann.

Der Kongreß beschloß dann eine Denkschrift, die dem Außenministerrat vorgelegt werden soll. Die Außenminister werden darin aufgefordert, einen Friedensvertrag für Deutschland auf der Basis der Abkommen von Jalta und Potsdam zu erarbeiten. Die Einheit ganz Deutschlands in Verwaltung und Wirtschaft soll hergestellt und eine einheitliche Währung eingeführt werden. Alle wirtschaftlichen und waffenstechnischen Einschränkungen zwischen Westdeutschland und der Ostzone sollen aufgehoben werden. Der Außenministerrat soll ferner die Bildung einer vorläufigen deutschen Zentralregierung aus Vertretern aller demokratischen Parteien und Organisationen zulassen und genehmigen und eine Friedenskonferenz einberufen, an der auch eine vorläufige deutsche demokratische Regierung teilnehmen soll.

Allgem. Ztg. vom 31. Mai 1949

Taktischer Rückzug. Major PATENT von der SMA erklärte dieser Tage in Berlin, das kommunistische Ziel sei unveränderlich die Weltrevolution. Lediglich die taktischen Mittel zur Errichtung der Weltrevolution würden gewechselt. Zur bolschewistischen Taktik gehören auch manchmal der organisierte Rückzug. Die Bolschewisten griffen auf diese Taktik in Zeiten des Niederganges der revolutionären Möglichkeiten zurück. "Nach diesem gleichen Konzept muß jetzt auch im Deutschland gehandelt werden, um die in der deutschen Bourgeoisie herrschenden Faschistsätze zu Gunsten der Weltrevolution zu benutzen. Die Wahl schlaggebender Bedeutung. Deshalb müssen die Kommunisten Feind haben, denn ein Rückzug bedeutet nicht eine Niederlage, sondern aktiver Widerstand." Allgem. Ztg. v. 1. Juni 1949

Die volkseigenen Metallwerke Tamoach bei Gotha haben die erste Maschine zur Verglasung von Glühlampensockeln fertiggestellt. Die sogenannte Glasvitrierung der Glühlampensockel wurde bisher nur in Westdeutschland betrieben. Vom 1. Mai an sollen in den Tamoacher Metallwerken mtl. 200 000 Sockel hergestellt werden. Der Bau weiterer Maschinen wird vorbereitet.

Wirtschaftsrev. vom 27. Mai 1949

No. 144

## Auszüge aus Presseberichten

Spinnstoff-Erzeugung. Der Berliner Spinnstoffwirtschaft wurden durch die Blockadeauflösung die Tore zum Westen wieder geöffnet. Mit der Spinnstoffwirtschaft Berlins verbindet sich die Vorstellung einer Bekleidungsindustrie von hohem Rang, während die Vorstufen nur schwach vertreten sind. Diese Bekleidungsindustrie hat durch Krieg und Blockade empfindlich gelitten. In Berlin dienten vor dem Krieg noch über 100 000 Männer und Frauen allein der Bekleidungsindustrie. Die Damenoberbekleidungsindustrie der Metropole umfaßte 80 bis 90 % der deutschen Kapazität. Dazu gesellten sich die Herrenoberbekleidung, die Wäsche-, Kinder- und Krawattenindustrie, die Zubehörzweige der verschiedensten Art usw. - Die Berliner Konfektion bestritt in den letzten Vorkriegsjahren rund 40 % des Umsatzes der deutschen Bekleidungsindustrie. Ihr Hauptteil liegt im Ostsektor. Die Ostzone umfaßt darüber hinaus wichtigste Schwerpunkte der deutschen Textilindustrie. Bisher entbehrt die westdeutsche Spinnstoffwirtschaft vor allem die Lieferungen der sächsischen Textiliauschenindustrie. In Westdeutschland fehlt bis auf bescheidene Anfänge die Industrie der feinen Lammstrümme Chemnitzer Art, eine ausreichende Kammgarnindustrie, fast die gesamte Fabrikation von Stoffhandschuhen und die Stickerei-, Spitzen- und Cardineh-Industrie, wie sie im Vogtland beheimatet ist. Die Westzonen brauchen einen erheblichen Zuschuß an Apolinarer Wirk- und Strickwaren und an Kreis-Cermer Tuch- und Kleiderstoffen. Umgekehrt hat der Osten eine unzureichende Kunstseidenindustrie, vor allem fast keine Kupferkunstseide, eine im Gegensatz zur Kammgarnspindel-ausrüstung viel zu geringfügige Wäscherei- und Kämmereikapazität, eine bescheidene Seidenwebereiindustrie, einen Mangel an kleinen- und Halbleinen-Veredlern, einen empfindlichen an Stoffdruckereien und schließlich einen Mangel in Chemikalien. Auch dies sind nur hervorstechende Beispiele; sie genügen jedoch, um die störenden, wenn nicht verhängnisvollen Wirkungen dieses Zonenwirrwarrs zu verdeutlichen, der keinen Ausgleich zwischen Mangel und Überfluß oder guter Ausstattung zuläßt.

Allgem. Zeit., vom 27. Mai 1949

Binnen 2 Monaten sollen auf Anordnung der DMK alle industriellen Erzeugnisse der SBZ so gekennzeichnet werden, daß der Hersteller einwandfrei festgestellt werden kann. Die Kennzeichnung gilt als eindeutig, wenn sie die Firmenurkennzeichnung, ein eingetragenes Warenzeichen oder eine eingetragene Handelsnummer enthält. Die Herkunft von Waren aus volkseigenen Betrieben muß aus der Kennzeichnung hervorsehen. Die beim Groß- und Einzelhandel nachweisbar aus früheren Lieferungen vorhandenen Serienbestände können auch nach der Frist ohne Kennzeichen in den Verkehr gebracht werden. Ferner haben alle Hersteller und Verteiler industrieller Erzeugnisse in ihren Büchern, Rechnungen, Reiseittpapieren usw. die sechsstelligen Nummern der Erzeugnisse gemäß dem allgemeinen Warenverzeichnis anzugeben.

Wirtschaftsrev. vom 27. Mai 1949

Die volkseigenen chemischen Werke in Bad Doberan (Mecklenburg) sind die einzige Fabrik in Deutschland, die aus Tabakofällen chemisch-reines Nikotin herstellt. Der Betrieb hat das Nikotin, das überwiegend zur Schädlingbekämpfung im Wein- und Obstbau dient, in alle Länder der Welt verkauft. Heute können Auslandsaufträge nur ausgeführt werden, wenn die notwendigen Rohstoffe, Tabakstaub oder Tabakaschall, zur Verfügung gestellt werden. Das in Doberan gewonnene Nikotin wird in der SBZ nur noch in Arzneimittelfabrikation verwendet. Zur Zeit werden im Tagessdurchschnitt 10 t Tabakstaub verarbeitet, wie je nach Art des Tabaks 30 bis 50 mg pro Kilo Nikotin ergeben.

Wirtschaftsrev. vom 27. Mai 1949

In der Berliner Zeitung fordert der ehemalige Oberst im Gen. Stab der Luftwaffe Walter LEINWEBS-LITTMANN die Offiziere der Wehrmacht auf, aus dem politischen Hintergrund hervorzutreten und sich in die Nationale Front einzureihen. Den aktiven Offizieren werfe man mit Recht vor, mit ihrer Befehlsremiß unpolitischen Haltung ein bequemes Werkzeug gewisser politischer Kräfte gewesen zu sein und deren Macht gestärkt zu haben. "Man kann uns jedoch nicht vorwerfen, daß wir nicht national empfunden hätten."

Rhein. Merkur vom 28. Mai 1949

SECRET

~~SECRET~~

25X1A

No. 25

## Presseberichte aus den Westzonen

Oberbehörde. Westdeutsche Politiker unter Führung von Dr. Auerbacher planen eine sogenannte kleine Bundesregierung zu errichten, die als "Oberbehörde" von den eigentlichen Ministerien getrennt werden soll. Diese Oberbehörde, die etwas ganz Neues in der Geschichte des modernen Staates auf der ganzen Welt wäre, könnte unabhängig von den Ministerien auch in einer anderen Stadt arbeiten und nur die eigentlichen Ministerialarbeiten erledigen, die speziellen Arbeiten der Ministerien würden hierzu nicht benötigt. Die jetzigen zweizonen-behörden hätten keinesfalls als Vorsitzende zu gelten. Trotzdem müsse man erwägen, ob nicht in den künftigen Bundesministerien auf lange Sicht nach neuen Grundsätzen geplant werden sollte, da ja die zweizonen-behörden nur provisorisch gescharten worden seien. Ende Juni trete der Wirtschaftsrat höchstwahrscheinlich zum letzten Mal zusammen; bei 17. Juli könnte nach Ansicht Dr. Pünders zum Wahltag für den Bundestag bestimmt werden. In der zweiten Hälfte des Monats August sei dann mit dem ersten Zusammentreffen der Bundesregierung zu rechnen.

Allgem. Ztg. vom 31. Mai 1949

Technische Messe. Die Technische Messe Hannover ist vorbei. Die Aussteller sind von ihrem Verlauf befriedigt. Nach bisherigen Schätzungen sind für rund 90 Mill. DM Exportaufträge und für 60 Mill. Inlandaufträge erteilt worden. 2/3 der Aufträge sind von ausländischen Käufern erteilt worden. Als Hauptkäufer trat Holland für Fahrzeuge, Maschinen und Elektromaterial auf. Es folgen Indien und Ceylon mit großen Aufträgen für den Maschinenbau. ~ Von den ausländischen Aufträgen fallen über 60 v.H. auf Kraftfahrzeuge und Zubehör, 17 v.H. auf den Maschinenbau und 16 v.H. auf die Elektroindustrie. Bei den Inlandaufträgen führt die Kraftfahrzeugindustrie vor der Elektroindustrie. ~ Hinsichtlich der Erzeuerländer steht Württemberg-Baden bei den Exportabschlüssen mit 55 v.H. bei weitem an der Spitze.

Die Welt vom 31. Mai 1949

Interzonenhandel. Ein Sprecher der Zweizonenverwaltung für Wirtschaft gab die Gründe bekannt, die zum Scheitern der Interzonenhandelskonferenz führten. Die größte Schwierigkeit bildete die Einigung über die Währungsfrage. Die Vertreter der DWK hatten den westdeutschen Vorschlag, der auf eine Verrechnung in D-Mark über ein Konto bei der Bank deutscher Länder und auf eine Unterteilung der Lieferungen in "Vorbehaltsgüter" mit Genehmigungspflicht und "ländige Waren" hinausließ, nicht angenommen. Die Verwaltung für Wirtschaft hatte die Gegenvorschläge der DWK auf Errichtung von zwei parallelen Konten mit Parität von Ost- und Westmark ebenfalls abgelehnt.

Siddt. Ztg. vom 31. Mai 1949

Deutsche Auslandsvertretungen. Mit der Ernennung von Dr. von MANGOLD zum ständigen Leiter des deutschen ERP-Büros in Paris ist faktisch die erste deutsche Nachkriegs-Auslandsvertretung geschaffen worden. Wie Dr. Pünder dazu erklärte, habe man Dr. von Mangold, der schon lange im Pariser ERP-Büro arbeitete, mit der Leitung der deutschen Angelegenheit am Sitz der europäischen Marshallplan-Organisation betraut, nachdem die Lösung der deutschen Probleme dort aus alliierten in deutsche Hände übergegangen sei. Künftig wird man bei Bedarf Sachverständige aus der Wirtschaft, der Wissenschaft und den deutschen Verwaltungen nach Paris delegieren.

SZ vom 1. Juni 1949

Wahlen in Wolfsburg. Bei der Wahl zur Stadtvertretung in Wolfsburg hat die Deutsche Partei die meisten Stimmen erhalten, und zwar von 26.290 gültig abgegebenen Stimmen 12.619. Es folgt die SPD mit 7.800. Die Wahlbeteiligung betrug 70 %. Das Wahlergebnis macht deutlich, daß die Deutsche Partei die Wähler der Rechtspartei angezogen hat.

Allgem. Ztg. vom 31. Mai 1949

Grundgesetz. Dt. katholische Bischöfe üben scharfe Kritik am Grundgesetz. Sie erkennen hierin an, daß zwar einer Reihe von Einzelforderungen in vielfacher Hinsicht entsprochen wurde, es bleibe aber mit einem schweren Makel behaftet, weil das Elternrecht in seiner Anwendung auf die Schulziehung nicht ausdrücklich anerkannt wurde. Daher kann es nur als eine vorläufige Ordnung betrachtet werden, das einer schnellen Erwähnung bedarf. "Wir werden den Kampf um Gewissensfreiheit und volles Elternrecht weiterführen." (KKE)

Die Welt vom 28. Mai 1949

~~SECRET~~

No. 24

## Presseberichte aus den Westzonen

Ungenügende Versorgung. Der Verband der Körperbeschädigten, Sozialrentner und Hinterbliebenen für das Land Hessen veranstaltete eine Protestkundgebung. Landesvorsitzender SAUER bezeichnete die Art der Behandlung der in Not geratenen Bevölkerung als besondere Tragik und wandte sich um Hilfeleistung an das Ausland. Er stellte die Frage, wo Humanität und Demokratie blieben, wenn Tausende der Verelendung preisgegeben würden durch ein Körperbeschädigten-Leistungsgesetz, das jeder sozialen Gerechtigkeit Hohn spreche. Für das Gesetz mache er die Lethargie der Alliierten und den mangelnden Mut der deutschen Politiker, sich verantwortungsbewußt einzusetzen, verantwortlich. Bis zur Schaffung eines neuen Gesetzes verlangte der Redner Anpassung der Renten an das veränderte Preis- und Sohagefüge. Der Bundesregierung obliege es nun überlassen, umgehend ein neues Versorgungsrecht zu schaffen. Arbeitsminister ARNDTEN warnte anschließend vor einem weiteren Aufschub des Leistungsgesetzes, da dann die Flüchtlinge, Vertriebenen und Kriegsbeschädigten zu einer radikalen Politik greifen könnten.

Allgem. Ztg. vom 30. Mai 1949

Deutsche Union. Der Vorstand der Deutschen Union hat in einer Erklärung zu dem Beginn eines "neuen Abschnitts der politischen Entwicklung in Deutschland" Stellung genommen und die Durchführung freier und geheimer Wahlen sowie die Zulassung aller demokratischen Parteien in ganz Deutschland gefordert. Beider der Bonner Bundestag noch der Volksrat der Ostzone erfüllen, so heißt es in der Erklärung, die Hoffnungen des Volkes, das weder von einem Weststaat noch von der östlichen "Volksdemokratie" etwas wissen wolle.

Süd. Ztg. vom 28. Mai 1949

Proteste gegen Max Reimanns Verhaftung. Der KPD-Parteivorstand erhob scharfes Protest gegen die Verhaftung R.. Die KPD erklärt in diesem "Willkürakt" den Versuch, die "ständig wachsende Bewegung für ein einiges und unabhängiges Deutschland" zu schwächen und die KPD im kommenden Wahlkampf zu behindern. Die Einkerkerung h. ist nach Ansicht der KPD unter Bruch seiner parlamentarischen Immunität erfolgt, da der Parlamentarische Rat noch nicht aufgelöst worden sei.

SAZ vom 31. Mai 1949

Senkung des Diskontsatzes um 0,5 v.H. Der Zentralbankrat der Bank Deutscher Länder beschloß, die Diskontsätze mit Wirkung vom 27. Mai um 1/2 v.H. herabzusetzen. Zur weiteren Lockerung auf den Markt der kurzfristigen Kredite werden die Mindestreserven, die die Geldinstitute bei den Landeszentralbanken zu unterhalten haben, soweit sie sich nach den Sichteinlagen der Landschaft berechnen, gesenkt, und zwar für Geldinstitute an Bankplätzen von 15 v.H. auf 12 v.H. und für Geldinstitute an Nichtbankplätzen von 10 v.H. auf 9 v.H. Guthaben auf den sogenannten Anlagekonten gelten als Sichteinlagen. Diese Beschlüsse treten am 1. Juni 1949 in Kraft.

Die Welt vom 28. Mai 1949

Auf einer Großkundgebung der CDU in Stuttgart hat sich Dr. ADENAUER u.a. gegen die wieder aufgenommenen Demontagen gewandt. Die von den Reparationslisten abgesetzten Werke stellten kapazitätsmäßig nur etwa 10 % des Gesamtwertes dar. Eine Steigerung des für Westdeutschland notwendigen Exports sei unmöglich, wenn die neuangeordnete unsinnige Demontage ausgeführt würde. Das neuerrichtete Sicherheitsamt für die Westzonen, das den Frieden garantieren solle und in Nordrhein-Westfalen bereits tätig sei, scheine sich zu einer Konkurrenz-Spionage höchster Sorte zu entwickeln. Die neue Bundesregierung werde sich gegen diese Industrie-Spionage, die ausdrücklich der Konkurrenz-Angst entspringe, wehren müssen.

Allgem. Ztg. v. 30. Mai 1949

Der Landesvorsitzende der württembergisch-badischen DVP, Dr. HAUSMANN, forderte die alsoalldige Selbstauflösung und Neuwahl des Landtages. Dieser sei einer Auflösung durch Volksbegehren und Volksabstimmung vorzuziehen. Der gegenwärtige unklare Zustand sei des Landtages unzweckmäßig und würde auch von einzelnen Beamten-Abgeordneten so empfunden und bezeichnetet. Dr. Reinhold MAIER hatte zur Frage der weiteren aktiver politischen Mitwirkung der Beamten-Abgeordneten im Landtag die Landtagsauflösung als Utopie bezeichnet, während Landtagspräsident Wilhelm KÜLL die Möglichkeit einer Gewaltentfernung der Abgeordneten über-

SAZ vom 31. Mai 1949

No. 25

## Auszüge aus Kundfunkberichten

Sender Stuttgart vom 1. Juni 1949

REUTER erklärte gestern, er werde trotz der ablehnenden Haltung auch weiterhin bereit sein, zwischen den Streikenden und der Eisenbahndirektion zu vermitteln. Er äußerte sich optimistisch über eine baldige Beendigung des Eisenbahnerstreiks.

Wie die UGO mitteilte, werden die streikenden Eisenbahner morgen eine Urabstimmung über das Angebot der Reichsbahndirektion vornehmen, sechzig Prozent der Bevölkerung in Westmark auszuzeichnen. Die ursprüngliche Absicht der UGO, den Interzonenzverkehr auch ohne die Zustimmung der Reichsbahn wieder in Gang zu bringen, wurde vorläufig zurückgestellt. Die westlichen Militärregierungen haben einen besonderen Ausschluß für die Währungskontrolle in den Westsektoren eingesetzt. Der Kontrollausschuß hat seine Arbeit bereits aufgenommen. Wohnungsinhaber haben von jetzt an ihre Mieten an Hausbesitzer, die im Ostsektor oder in der Ostzone wohnen, auf ein in den Westsektoren eröffnetes Bankkonto zu überweisen.

Der württembergisch-badische Kultusminister Dr. Beyerle erklärte auf der Schlußsitzung des Kongresses für bessere menschliche Beziehungen in München, die Besatzungsmächte hätten eine Reihe von Fehlern begangen, welche die demokratische Erziehung des deutschen Volkes verzögerten. In Namen des deutschen Volkes seien im In- und Ausland große Verbrechen begangen worden. Es sei die Schuld der Deutschen, daß sie diesen Verbrechen nicht entschieden genug entgegen getreten seien. Die als Sühne dem deutschen Volk auferlegte Methode der Entnazifizierung sei aber nicht nur falsch, sondern sogar ein nationales Unglück. Die Entnazifizierung sei ein mißglückter Versuch, dem deutschen Volk klarzumachen, was Gerechtigkeit sei.

In Württemberg-Baden ist als dem ersten Land in der amerikanischen Zone das Lizenzierungssystem der Mil. Reg. für Druckerzeugnisse aufgehoben worden. Es ist nun jeder Person erlaubt, Zeitungen, Bücher und Broschüren zu veröffentlichen. Den Verlegern ist jedoch auch weiterhin die Propagierung nationalsozialistischer Ideen und die Veröffentlichung von Druckmitteln untersagt, die Feindseligkeiten und Mißtrauen hervorrufen oder die militärische Sicherheit der Besatzungsmacht gefährden können.

Franz BLUECHER hat an Dr. Pünder ein Telegramm gesandt, in dem er ihn bittet, sich dafür einzusetzen, daß die Gelsenberg-Benzin AG und die Fa. Scholven, die beide Fabriken zur Herstellung von synthetischem Benzin sind, nicht abgebaut werden. Er empfahl Dr. Pünder, sein Telegramm an die zuständige britische Stelle weiterzuleiten.

In Südwürttemberg-Hohenzollern ist das Notopfer Berlin aufgehoben worden.

Die Außenminister setzten heute ihre Beratungen fort. Mittags trafen sich die drei westl. Außenminister zu einer Privatunterredung. Es wurde beschlossen vorzuschlagen, die nächsten Beratungen geheim zu führen. Besonders Bevin setzte sich dafür ein, weitere Tagungen ohne Teilnahme der Öffentlichkeit stattfinden zu lassen. Auch gestern hatte Wyschinski erklärt, er könne sich nicht dem westlichen Standpunkt über die politische Einheit Deutschlands anschließen. Jan beschloß daher, zum zweiten Punkt der Tagesordnung, dem Berliner Problem und der Wahlungsfrage, überzugehen.

Pol. Kreise sind überzeugt, daß eine wirtschaftliche Einigung des Maximum wäre, das erreicht werden könnte.

Sender Stuttgart vom 2. Juni 1949

Die Kohlenförderung im Ruhrgebiet hat einen neuen Höchststand erreicht, und zwar wurden im Mai durchschnittlich 335 000 t täglich gefördert. Damit hat sich der Tagesdurchschnitt um 6 1/2 tausend Tonnen erhöht. Walter FISCH erklärte dieser Tage: "Wir werden jeden zur Rechenschaft ziehen, der sich am Aufbau eines westdeutschen Kolonialstaates mitschuldig macht! Reimann sei nur verhaftet worden, damit die Wahrheit mundtot gemacht würde."

SECRET

No. 24

## Auszüge aus Rundfunkberichten

Sender Stuttgart vom 31. Mai 1949

Wyschinski hat heute die Vorschläge der Westmächte für die politische und wirtschaftliche Zukunft Deutschlands erneut abgelehnt. Er sagte, das Besatzungsstatut sei zeitlich nicht befristet. In dem Statut sei vorgesehen, daß in Deutschland mit lange Besatzung verbleite. Weiter erklärte er, die Einheit Deutschlands könne nicht nach dem Muster des Grundgesetzes hergestellt werden. Er verlautete ferner, daß eine Delegation des sogenannten Volkmars ihre Ansichten über Deutschland vorbringen könne. Diese Forderung wurde von den drei Westmächten energisch zurückgewiesen. Johnson erklärte, er glaube auf keinen Fall, daß die 2000 Delegierten des deutschen Volkskongresses in irgend einer Weise das deutsche Volk oder auch nur die Bevölkerung der Ostzone repräsentierten. Der Volkskongress sei eine russische "Parteien-Organisation", die nicht weiß, irgendein etwas zu sagen, was nicht von der SU vorher genehmigt sei.

Die sowjetisch kontrollierte Reichsbahndirektion Berlin hat angeordnet, daß vom 1. Juni an Fahrkarten für die Westberliner S-Bahn-Strecken nur gegen Westmark verkauft werden. Kreikeneyer hat die Verhandlungen mit Oberbürgermeister Seuter über den Streik abgesagt. Das Vermittlungsangebot Westens sei schon deshalb gegenstandslos, weil die Eisenbahndirektion mehrfach vergeblich den Berliner Magistrat ersucht habe, den in den Westsektoren Berlins wohnenden Eisenbahnmännern 60 % der Lohnzahlungen in Ostmark umzutauschen.

Der württemberg-badische Landtag beschäftigte sich mit der Frage der Zugehörigkeit von Beamten zum Parlament. Präsident KEIL teilte mit, daß für das Land Württemberg-Baden ein neuer Gesetzentwurf ausgearbeitet werden müsse. Dr. LIEVHLI gab eine Regierungserklärung ab, in der es heißt, den Gesetztag zufolge würden sich die Beamten-Abgeordneten lediglich aus Gründen der Disziplin zu entscheiden haben, ob sie ihr Amt oder ihr Abgeordnetenmandat beizubehalten wollten. Für diese Entscheidung müsse ihnen eine angemessene Zeit gelassen werden. Daher könne ein automatisches Entblößen der Mitgliedschaft eines Beamten nicht befürchtet werden. Dingu warnte, daß der umstrittene Artikel des Landesbeamtenesatzes mit den Landesverfassung nicht vereinbar sei und im Widerspruch zu anderen Verfassungsartikeln stehe. Der Entwurf des Inneministeriums für das neue Landeswahlgesetz sehe eine Beschränkung der Wahlberechtigung der Beamten vor. Die Regierung wolle aber mit der Regelung der Abgeordnetenwahl warten, bis der genaue Inhalt des Bundeswahlgesetzes feststehe. Der Sprecher der CDU, WIEDENFELD, sagte, daß ein Gesetz die Frage regeln müsse. Die KPD schonte durch Leibbrand die Reg. Erklärung ab. Dr. KESSLER, DVP, betonte, daß mit der Regierungserklärung die Frage noch nicht gelöst werde. Sie will, daß der amerikanische und der britischen Zone entsprechend heute mit den Min.Präs. der Donaulände die alliierten Änderungswünsche zum Wahlgesetz. Die Min.Präs. KOPIF anschließend mitteilte, wurde in der Unterredung klar gestellt, daß die Min.Präs. lediglich für die Fortsetzung des Wahltermins; die Einberufung des Bundestages und die Bestellung eines Wahlkommissärs zuständig sind. Eine Änderung des Wahlgesetzes, wie sie vor allem für das Wahlsystem, die Zahl der Abgeordneten und die Verteilung der Mandate auf die einzelnen Länder gefordert wird, ist eine Angelegenheit des Parl. Rates. STOCK erklärte, die Min.Präs. würden sich voraussichtlich nicht mit der von den Alliierten gewünschten Änderung der Bestimmung über Wahl scheine einverstanden erklären. Die Gouverneure hätten gefordert, die Ausgabe der Wahlutscheine nur auf Anhörige der Schiffahrt zu beschränken. Die Verwirklichung dieser Forderung würde einen Prozentsatz der Wahlbeteiligung erheblich herabsetzen, da dann nicht nur zahlreiche Geschäftsleute von der Wahl ausgeschlossen wären, sondern auch viele Urlaubsreisende, die gerade im Hochsommer besonders zahlreich seien. Im Übrigen sei es wegen der Brüderlichkeit gut, daß die Min.Präs. nicht über Änderungen des Wahlgesetz zu beschließen hatten, die Walsche, daß 11 Landtage sich dann erst einigend mit der Materie befassen müßten, würde die Wahl zum 1. Bundestag um Monate verzögern.

No. 23

## Auszüge aus Rundfunkbericht

Sender Stuttgart vom 27. Mai 1941

Die Außenmin. werden voraussichtlich Wyschinski heute auffordern, seine Pläne für ein einheitliches Deutschland genau zu definieren. W. bestand auch Western auf Wiedererrichtung des Kontrollrates. Im Verlauf der Sitzung entwarf er ein Bild über die Entwicklung in der Ostzone. Er sagte u.a., daß der Lebensstandard in der Ostzone besser sei als der in der Westzone. Seine Darlegungen wurden jedoch von den Westmächten mit Skepsis aufgenommen. Bisher haben die Westmächte die sowjetischen Forderungen noch nicht eindeutig abweichen. Sie ließen jedoch durchblicken, daß auch sie einige Bedingungen stellen werden.

Der Güterverkehr zwischen den Westzonen und Berlin ist eingestellt worden. 35 Züge liegen auf der Strecke fest. Seit Dienstag sind nur 7 Züge in Berlin eingetroffen.

Anlässlich der Mitgliederversammlung der Deutsch-Belgisch-Luxemburgischen Handelskammer gab Dr. PUEBLER einen Wirtschaftsbericht über die die westdeutsche Wirtschaftspolitik. Unter Bezugnahme auf die steigende Kohlenförderung erklärte er, bei Erreichen von 360 000 t täglich werde die Bewirtschaftung von Kohle wesentlich gelockert oder aufgehoben werden. Durch eine sinnvolle Zusammenfassung aller möglichen Finanzierungsquellen hofft man, im Laufe des Staatsjahrs 19/50 für Investitionszwecke 7,5 Mrd. DM flüssig machen zu können. Auch die demnächst von der Kreditanstalt für Wiederaufbau hereinsstromende steuerbegünstigte Anleihe werde Kapital für die wichtigsten Investitionsvorhaben, wie Wohnungsbau, Bergbau, Energiewirtschaft sammeln, wobei die verschiedenen Bedarfsgrößen nach der Dringlichkeit der Kapitalinvestitionsvorhaben berücksichtigt würden. Zur Frage des kontinuierlichen Absatzes der deutschen Produktion nach Befriedigung des Nachholbedarfes erklärte Dr. Pfeiffer, nur eine außerordentliche Steigerung der deutschen Exporte könne auf die Dauer eine Auswirkung verhindern. Der Anteil der Rohstoffe am westdeutschen Export sei noch immer zu hoch. Leider gingen noch 22,5 % der gesamten westdeutschen Kohle ins Ausland, wo die Kohle unter Weltmarktpreis verkauft werden müsse. Diese Tatsache steht einer Ausweitung der Produktion, dem Ausbau der Industrieanlagen und einem Wohnungsbau in größerem Stil im Wege.

August HAUSLEITER fordert freie und geheime Wahlen in allen deutschen Ländern unter Kontrolle der UN. Er setzt sich für die Wiederherstellung der Grenzen von 1937 ein. Die Grundsätze der Atlantik-Charta müssen für die ganze Menschheit gelten; sie für einzelne Völker wider Kraft zu setzen, gefährdet die Demokratie. Das Schicksal der deutschen Oder-Heide-Grenze muß von seinen ehemaligen Bewohnern entschieden werden. Ein gerechter Friede ist Voraussetzung für die demokratische Weiterentwicklung in Europa.

Sender Stuttgart vom 28. Mai 1941

Die Besprechungen zwischen Vertretern des Frkft. Wirtschaftsrates und der DWK zwecks Wiederaufnahme des Interzonengeschäfts sind auf unbestimmte Zeit vertagt worden, da es den Frankfurtern an Unterlagen fehlt. Die ostzonalen Vertreter befinden sich bereit erklärt, die Besprechungen jederzeit wieder aufzunehmen.

Die Landesversammlung der CSU in Schweinfurt hat heute an Stelle des Justizmin. Dr. Müller mit 305 gegen 151 Stimmen den Vize-Präs. ERHARD zum Landesvorsitzenden gewählt. ERHARD sage, er bringe ein großes persönliches Opfer, wenn er das Amt des Vize-Präs. mit dem des Landesvorsitzenden verbinde. Der Sohn könne nur in einer Stärkung der Partei und ihrer Haltung als politisches Instrument liegen. Die Aufgabe sei unlösbar, wenn nicht endlich mit dem persönlichen Gegeneindruck in der Partei aufgehört werde. Eine Richtschnur in der Politik sei und bleibe: Nicht Bayern und Deutschland, sondern Bayern in Deutschland und Deutschland nicht ohne Bayern.

Das neue Soforthilfegesetz soll sobald wie möglich in Kraft treten. Man hofft, dafür keinen großen Verwaltungsapparat zu benötigen. Die Soforthilfe ist in erster Linie für Flüchtlinge, Notleidende und Wahlungsgeschädigte vorgesehen.

SECRET

Approved For Release 2002/01/04 : CIA-RDP83-00415R003100100005-0

25X1A

Approved For Release 2002/01/04 : CIA-RDP83-00415R003100100005-0